

Newsletter Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit

Schwerpunkt: Soziologie an der Universität Fribourg

April 2014, Nr. 14

Editorial	3
Schwerpunkt: Soziologie an der Universität Fribourg	
La sociologie en langue française à Fribourg : consolidation et positionnement dans le paysage helvétique <i>Muriel SURDEZ</i>	6
Soziologie an der Universität Fribourg – Profil und Angebot der deutschsprachigen Studienprogramme Soziologie im Bachelor und Master <i>Monica BUDOWSKI und Sebastian SCHIEF</i>	10
Konflikte als Gefährdung oder Quelle sozialer Kohäsion? Zu den Ursprüngen einer soziologischen Debatte <i>Michael NOLLERT</i>	16
Soziologische Perspektiven auf die muslimische Diaspora <i>Amir SHEIKHZADEGAN</i>	21
Die doppelte soziale Ungleichheit und divergente Gleichheitsideale – ein Kommentar zu François Dubets Essay « Les Places et les Chances » <i>Ivo STAUB</i>	28
Schulkrise im Spiegel einer Quelle: Die Verknüpfung quantitativer und qualitativer Methoden <i>Ruedi EPPLE</i>	37
Forum: Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit	
Machen Gewaltwiderfahrnisse aus Menschen Opfer? <i>Anne KERSTEN</i>	43

Neuigkeiten aus dem Studienbereich

Workshop: Social policy and regimes of social welfare in Africa	50
Abschlüsse	52

Impressum

Dieser Newsletter wird vom deutschsprachigen Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg (CH) herausgegeben. Er erscheint einmal pro Semester.

Die Meinungen der Autorinnen und Autoren müssen sich nicht mit denjenigen des Studienbereichs decken.

Abdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Quellenangabe erwünscht.

Redaktion: Ruedi Epple, Amir Sheikhzadegan, Ivo Staub

sopa@unifr.ch

Editorial

Ruedi EPPLE, Amir SHEIKHZADEGAN und Ivo STAUB

Die Soziologie ist eine zentrale Disziplin der Sozialwissenschaften und als solche an vielen Universitäten in Forschung und Lehre präsent. Seit 2009 ist es auch an der Universität Fribourg möglich, Soziologie auf Deutsch, Französisch und als zweisprachiges Studium zu studieren. Die Studiengänge werden dabei auf Bachelor- und Masterbene angeboten.

Das Verstehen und Erklären von gesellschaftlichen Phänomenen und sozialen Problemen ist – wenn man es gut machen will – eine sehr anspruchsvolle und komplexe Aufgabe. Freilich gibt es in der Alltagswelt eine grosse Vielfalt an politischen, religiösen und ideologischen Deutungen, die es erlauben, jegliche soziale Phänomene und Probleme schnell in eine vorbestehende Weltanschauung einzuordnen. Eine solche Einordnung wird den Phänomenen jedoch oft nicht gerecht. Zudem fehlen die Kriterien dafür, ob die verwendeten, alltagsweltlichen Sinndeutungen zutreffend sind oder nicht.

Ab der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts versuchten Pioniere der modernen Soziologie, gesellschaftliche Fragestellungen mit wissenschaftlichen Methoden zu untersuchen. Wichtig war ihnen, dass man sich auf gehaltvolle Evidenz berufen muss, um Antworten auf konkrete Problemstellungen zu rechtfertigen (was selbstverständlich nicht immer gelang). Durch diese Forderung wollte sich die Soziologie von religiösen und ideologischen Gesellschaftsdeutungen abgrenzen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts etablierte sich die Soziologie allmählich als universitäre Disziplin und es entstand eine fachspezifische Infrastruktur: Lehrstühle und Fachbereiche an Universitäten, Vorlesungen und Studiengänge, Fachzeitschriften, Tagungen und Kongresse sowie wissenschaftliche Vereinigungen.

Der Impetus, Erklärungen von sozialen Phänomenen mittels wissenschaftlichen Verfahren zu erzielen, blieb dem Fach erhalten. Dabei sind zum Verwenden solcher Verfahren nicht nur Kenntnisse von empirischen Methoden wichtig, sondern auch eine gründliche Kenntnis von Theorien und Konzepten, von Deutungsmustern und wissenschaftstheoretischen Grundlagen sowie das Wissen um den bestehenden Forschungsstand. Das Studium der Soziologie soll Studierenden dazu befähigen, soziale Phänomene und Probleme sachgerecht verstehen und erklären zu können. Um dies zu erreichen, ist eine breite und tiefe Ausbildung zu theoretischen Positionen (Allgemeine Soziologie), zur Methodologie und Methodik der Sozialwissenschaften sowie zu ausgewählten Themenbereichen (Spezielle Soziologien) notwendig. Wichtig ist auch, dass die Studierenden selber oder in einer Gruppe ein eigenes Forschungspro-

jekt durchführen, um die Möglichkeiten und die Grenzen der Sozialwissenschaften an der eigenen wissenschaftlichen Praxis zu erfahren.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe des Newsletters ist das Studienprogramm Soziologie an der Universität Fribourg, das vom Studienbereich „Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit“ angeboten wird. Die ersten beiden Artikel befassen sich mit dem Profil und dem Angebot der Studiengänge.

Der Artikel von *Muriel Surdez* präsentiert das französischsprachige Studienprogramm auf Bachelor- und Masterebene und betont die Eigenheiten des Studiums in Fribourg. Zudem situiert der Artikel das Angebot der Universität Fribourg in der Schweizerischen Hochschullandschaft.

Monica Budowski und *Sebastian Schief* stellen in ihrem Beitrag das deutschsprachige Studienprogramm vor. Die grundlegende Philosophie der Studienprogramme beinhaltet unter anderem eine breite Ausbildung bezüglich der methodischen und theoretischen Kenntnisse und eine thematische Spezialisierung auf gesellschaftliche Probleme, soziale Phänomene der Gegenwart sowie den dazugehörigen Debatten. Das Studium wird als Bachelor- und Master-Programm angeboten; es ist aber auch möglich, in Fribourg zu doktorieren.

Vier Artikel vertiefen Fragestellungen aus den Themenbereichen Allgemeine Soziologie, Religionssoziologie, Sozialstrukturanalyse und Methodenlehre. Diese zählen (neben anderen) zu den Schwerpunkten des Studienbereichs.

Der Beitrag von *Michael Nollert* beinhaltet eine Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Konflikten aus Sicht von zwei theoretischen Grundpositionen. Der Strukturfunktionalismus und sein Hauptvertreter Talcott Parsons sehen in Konflikten eine Gefährdung des sozialen Zusammenhalts, der auf geteilten Normen und Werten basiere. Die Konfliktsoziologie – zu denen Georg Simmel und Lewis A. Coser zählen – widerspricht dieser Ansicht und betont die gesellschaftsintegrierenden Aspekte von Konflikten.

Amir Sheikhzadegan befasst sich mit der Stellung des Islams in Europa. Sein Artikel umfasst eine Übersicht über die verschiedenen Zugänge, wie die Islam-Frage in der soziologischen Forschung bearbeitet wird. Er präsentiert zudem einen Ausschnitt aus seinem eigenen Forschungsprojekt, bei dem es unter anderem um das zivilgesellschaftliche Engagement von Muslimen und Musliminnen geht.

Die Sozialstrukturanalyse ist ein wichtiger Themenbereich der Soziologie und deren zentralen Annahmen, Theorien und Befunde werden auch im Studienprogramm Soziologie vertieft behandelt. Im Artikel von *Ivo Staub* wird ein Aspekt der Sozialstrukturanalyse, nämlich das Problem der Chancengleichheit und der Ergebnisgleichheit dargestellt. Dies geschieht anhand eines Kommentars zum Essay « Les Places et les Chances » von François Dubet.

In der Ausbildung am Studienbereich „Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit“ wird auf eine solide und breite Methodenausbildung wert gelegt. *Ruedi Epple* zeigt, wie durch die Kombination unterschiedlicher methodischer Zugänge ein wertvoller Zusatznutzen entstehen kann. Er analysiert Protokolle von Stabsitzungen der Schule für Sozialarbeit Solothurn (SASS) aus den Jahren 1971 bis 1974, als diese in eine tiefe Krise geriet. Neben einer qualitativen Auswertung der Protokolle macht der Autor auch eine quantitative Auswertung der Sitzungsbeteiligung und des Protokollumfangs. Die Auswertungen zeigen, dass die Krise sich schon vor ihrem Ausbruch auf die Sitzungsteilnahme und den Umfang der Protokolle niederschlägt.

Das „Forum: Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit“ versammelt Artikel zu Themenbereichen des Studienbereichs, die nicht direkt zum Schwerpunktthema des jeweiligen Newsletters zählen. In dieser Ausgabe ist es ein Text, der zum Thema eines abgeschlossenen Dissertationsprojekts entstand.

In ihrem Artikel untersucht *Anne Kersten* Diskurse über die Entstehung und Umsetzung des Opferhilfegesetzes, das Opfern von Gewaltstraftaten helfen soll. Bei der Analyse der Diskurse achtet sie speziell auf den Gender-Aspekt und die impliziten und expliziten Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit. Die Ergebnisse zeigen, dass in den Diskursen die Opferrolle weiblich und die Täterrolle männlich besetzt werden, obwohl gemäss polizeilicher Kriminalstatistik Frauen und Männer etwa gleich oft Opfer von Gewaltstraftaten betroffen sind.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

La sociologie en langue française à Fribourg : consolidation et positionnement dans le paysage helvétique

Muriel SURDEZ*

Dans le paysage universitaire des sciences sociales, la sociologie à Fribourg est active et vivante et elle cherche à se renforcer depuis quelques années, ayant bénéficié pour cela du soutien déclaré du Rectorat. En effet, des programmes d'études en sociologie, en tant que discipline généraliste et bilingue, sont offerts à Fribourg depuis 2009. Auparavant, elle n'était offerte qu'en français et l'accent était mis sur des spécialités thématiques (sociologie de la communication ; sociologie des identités et du développement ; dimensions sociologiques du travail social). Mais elles étaient « à cheval » entre la Faculté des Sciences économiques et sociales d'une part et la Faculté des Lettres d'autre part, vu que les études de travail social et politiques sociales se basent sur la sociologie. Afin de mieux clarifier l'offre d'études et de renforcer les compétences existantes, les sociologues sont maintenant regroupés dans le Département des sciences sociales au sein de la Faculté des Lettres. A l'échelle helvétique, un mouvement similaire de détachement des sciences sociales par rapport aux sciences économiques est actuellement en cours à Genève, en raison de l'évolution d'une partie de ces dernières vers une mathématisation et d'une modélisation accrues. L'intégration de la sociologie dans les Facultés des lettres est par ailleurs la règle dans les Universités suisses alémaniques comme à l'Université de Neuchâtel. Lausanne fait historiquement figure d'exception avec une masse critique ayant permis la constitution d'une Faculté des sciences sociales et politiques.

Une discipline indispensable pour mettre en perspective les problèmes sociaux contemporains

Pourquoi ces changements institutionnels sont-ils importants et qu'en est-il résulté ? En tant qu'actuelle présidente de la Société suisse de sociologie, je tiens d'abord à souligner que la sociologie représente une des disciplines clé parmi les sciences sociales. Ses apports historiques, à travers les auteurs et courants classiques, sont centraux à plusieurs titres : pour analyser l'articulation entre structures sociales, Etats, groupes sociaux et individus, à différentes époques et dans diverses configurations ; pour cerner les rapports entre logiques économiques, symboliques, religieuses ; pour comprendre des phénomènes aussi essentiels que la bureaucratisation, les mouvements de

* Prof. Muriel Surdez est professeure associée à l'Université de Fribourg (CH), domaine « Sociologie, politiques sociales et travail social ». Elle est présidente de la Société suisse de sociologie. Courriel : muriel.surdez@unifr.ch

population et les migrations ou encore les aléas de l'Etat-providence. Les développements contemporains et la spécialisation en sous-disciplines (par exemple sociologie de la famille, des migrations, du travail et de l'emploi, des sciences, du sport, du genre, de la santé, de la jeunesse, etc...) permettent d'approfondir ces thématiques sans perdre de vue des questionnements plus généraux sur les modalités des liens sociaux et des inégalités sociales, leur persistance ou effritement, leur transformation ou permanence. C'est donc pour l'ensemble de ces apports que le renforcement de la sociologie à l'Université de Fribourg est indispensable.

Des programmes d'études complets, enrichis par le bilinguisme

La discipline est non seulement importante pour elle-même : elle est présente au niveau du Bachelor, du Master et du Doctorat dans toutes les universités suisses¹ et aussi de plus en plus dans les Hautes Ecoles spécialisées. Mais elle joue aussi un rôle pivot dans la constitution de cursus et de thématiques de recherches interdisciplinaires, que ce soit avec l'anthropologie et l'ethnologie (par exemple à Neuchâtel, à Lausanne, à Lucerne, à Berne, à Zürich, à Berne, à Bâle), la géographie (à Neuchâtel), les sciences politiques (à Genève, à Berne, à Lausanne, à Lucerne) ou les sciences des religions (particulièrement en Suisse alémanique).

En sociologie comme dans d'autres branches, Fribourg offre une particularité dans le paysage universitaire suisse : les étudiants qui le désirent peuvent expérimenter le bilinguisme français-allemand en choisissant d'effectuer une partie de leurs études dans la seconde langue. Cet atout paraît d'autant plus primordial pour qui s'intéresse à connaître la structure sociale de la société helvétique et à comprendre comment les problèmes sociaux sont traités en Suisse, deux objectifs essentiels que poursuit la sociologie à Fribourg, évidemment sans exclure la comparaison avec d'autres pays. La sociologie bilingue ne permet pas seulement de dépasser le supposé « Röstigraben » mais elle donne des ressources pour analyser ce qu'il recouvre. A travers la découverte d'auteurs et d'approches classiques dans les traditions francophones et germanophones, les étudiants comprennent pourquoi la société et ses institutions (par exemple l'Etat social) ne sont pas pensées de manière similaire dans les différents espaces politico-linguistiques ; ils sont en mesure d'analyser comment les acteurs (politiques, économiques, sociaux) s'accommodent et jouent de ces divisions. Pour qui ose la tenter, cette spécificité reste un point avantageux pour poursuivre une carrière professionnelle au niveau fédéral et/ou universitaire.

Dans cette optique, la sociologie à Fribourg ne se caractérise pas par une spécialisation autour d'un type particulier de méthodologie ou d'approches théoriques (par

¹ Pour une description générale des programmes d'études aux différents niveaux dans toutes les universités, je me permets de renvoyer aux Bulletins que la Société suisse de sociologie a publiés à ce sujet.

exemple l'approche systémique ou l'analyse des parcours de vie pour mentionner des points forts existants dans d'autres universités). Du côté de la sociologie francophone sur laquelle je vais me concentrer dans la suite de cette contribution, les compétences thématiques sont concentrées sur la constitution des catégories, que ce soit des catégories sociales (groupes professionnels), d'âge (jeunes), de genre ou nationales/ethniques, ainsi que sur les problèmes qui les concernent ou leur sont imputés (socialisation professionnelle, politique et économique ; précarité, migrations, santé, pluralités des modes de vie et des attitudes politiques). Les méthodologies sont plutôt qualitatives (entretiens, observations, traitement de sources institutionnelles, analyses ethnométhodologiques, analyse de données audio-visuelles, usages d'archives) mais s'adjoignent des méthodologies quantitatives (par exemple les analyses du Panel suisse des ménages) au fur et mesure de leur extension.

Sur le plan des programmes d'études, le *BA en sociologie francophone* est par conséquent généraliste. Il comprend un module d'introduction et un module d'approfondissement qui ont pour but de transmettre les connaissances constitutives de la discipline (auteurs, thématiques, courants d'analyse). Il comporte aussi un module couvrant les différentes méthodologies usuelles en sciences sociales, quantitatives et qualitatives. Ce socle de base s'accompagne de 2 modules à choix couvrant des domaines plus spécialisés de la discipline, l'un sous l'appellation « Socialisation et sphère privée » (comprenant la sociologie de la famille, du temps, du corps, des rapports de genre et de l'éducation), l'autre intitulé « Sphère publique et contextes de travail » (incluant la sociologie du travail et des groupes professionnels, sociologie des organisations, sociologie de la communication, sociologie de la culture et des techniques, sociologie de l'action collective). Il a en commun avec le programme voisin « Politiques sociales et travail social » un module d'introduction au travail social, un cycle de conférence et les enseignements de méthodologie et d'accompagnement pour le travail de Bachelor. Il laisse un module complémentaire à choisir dans toute la Faculté des Lettres, voire même dans une autre Faculté.

Le *MA en sociologie francophone* est depuis deux ans axé sur la thématique du travail (sous l'intitulé « Travail et société »), après avoir été généraliste sans rencontrer le succès escompté. Deux modules principaux le composent : le premier se concentre sur les interactions et relations au travail (comment négocie-t-on ?; comment apprend-on un métier ?; comment se marque la hiérarchie ?); le second examine les transformations des sphères d'activité et des modes de gestion du travail en insistant sur le rôle des groupes et organisations professionnels dans la sphère publique. Un troisième module consacré à la thématique « Genre et travail » est actuellement en révision. Le Master a en commun avec le Master « Problèmes sociaux, politiques sociales et action sociale » un cycle de conférence et les enseignements d'accompagnement pour le travail de Master. La voie thématique choisie a l'avantage de profiler Fribourg, aucun autre Master au niveau romand ou alémanique ne portant

explicitement sur les questions du travail dans les sociétés actuelles. Pour l'avenir, il importera de renforcer les synergies avec le programme de Master « Soziologie » (autour des questions de précarité, de travail et genre) et avec les autres programmes existants au sein du Département des sciences sociales. De même, les échanges pourront être intensifiés au niveau facultaire, voire au-delà des frontières fribourgeoises. En ce qui concerne les programmes d'études, on constate toutefois que les collaborations interuniversitaires ne sont pas faciles à mettre en place dans la période actuelle, chaque université cherchant à se positionner à son avantage et étant confrontée d'abord aux relations internes. En tant que présidente de la Société suisse de sociologie, je tendrais à déplorer et à infléchir cette logique, mais cela est une autre question.

Je terminerai cette contribution en signalant que les personnes en charge des enseignements de sociologie sont depuis plusieurs années impliquées de façon décisive dans les organes de décision et de recherche en sociologie : au Fonds national (Conseil de la recherche; commissions d'attributions de subsides personnels, évaluations); à la Société suisse de sociologie et dans les associations internationales de sociologie (Association Internationale des Sociologues de Langue Française, International Sociological Association, European Sociological Association, American Sociological Association) ou encore dans la formation doctorale par le biais du Programme doctoral romand en sociologie financé par le CUSO et de la direction de programmes doctoraux financés par le FNS (anciens Prodocs) et par la CRUS à l'échelle suisse. L'insertion dans la discipline est donc un élément important à travers lesquels les professeurs et professeures, les collaborateurs et collaboratrices fribourgeois, sont connus et visibles en Suisse et à l'étranger. Cette implication se reflète aussi au niveau des nombreux projets de recherche menés (voire par exemple <http://fns.unifr.ch/travail-et-politique/>; <http://lettres.unifr.ch/de/sozialwissenschaften/soziologie-sozialpolitik-und-sozialarbeit/forschung.html>; <http://homeweb2.unifr.ch/gonzaest/pub/>).

Soziologie an der Universität Fribourg

Profil und Angebot der deutschsprachigen Studienprogramme

Soziologie im Bachelor und Master

Monica BUDOWSKI* und Sebastian SCHIEF**

Der Universität Fribourg ist es – möglicherweise als einziger Universität – in den letzten Jahren gelungen, ein Studienprogramm Soziologie (in deutscher Sprache) aufzubauen. Nachdem bis zum Jahr 2009 das Fach Soziologie an der Universität Fribourg auf zwei Fakultäten aufgeteilt und nicht als eigenständiges Studium auf Deutsch und Französisch angeboten wurde, hat die Universität im Rahmen einer Umstrukturierung ein neues Departement Sozialwissenschaften innerhalb der Philosophischen Fakultät geschaffen. Das neue Departement umfasst die Studienbereiche Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit (SOPA) sowie Gesellschafts-, Kultur- und Religionswissenschaften. Im Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit wird seitdem sowohl das Studienprogramm «Soziologie» als auch «Sozialarbeit und Sozialpolitik» angeboten. Auch ist es seitdem in Fribourg möglich, das Hauptfach Soziologie von der Bachelor- über die Masterstufe bis zum Doktorat sowohl in deutscher als auch in französischer Sprache oder aber zweisprachig zu studieren.

Warum ein neues eigenständiges Studium der Soziologie?

Die Soziologie wurde als „Königin der Wissenschaften“ (August Comte) bezeichnet. Comtes Begriff der Soziologie wurde anfangs des 19. Jahrhunderts geprägt, im Zeitalter des Szientismus. Damit wurde zum einen die Soziologie als Wissenschaft von den Theologien und der Metaphysik abgegrenzt und zum anderen aufgezeigt, wie das soziale Zusammenleben von Menschen durch systematische Beobachtung und Analyse verstanden und gestaltet werden konnte: „savoir pour prévoir“. Die Soziologie wurde als Kerndisziplin verstanden, die Wissen aus allen anderen Disziplinen bezog und zusammenfügte, um das menschliche Dasein zu verstehen. Zwar wurden diese „grenzenlosen Vorstellungen“ von Comte nicht verwirklicht; die Soziologie hat sich aber dennoch weiterentwickelt und bietet heute wichtige Erkenntnisse über das soziale Zusammenleben von Menschen, Gemeinschaften und Gesellschaften. Insofern darf die Soziologie als wichtige Kerndisziplin der Sozialwissenschaften verstanden werden

* Prof. Dr. Monica Budowski ist Professorin am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: monica.budowski@unifr.ch

** Dr. Sebastian Schief ist Lehr- und Forschungsrat am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: sebastian.schief@unifr.ch

und eignet sich bestens, um in einer inter- und transdisziplinären Perspektive Gesellschaften und ihre Entwicklung zu verstehen.

Warum Soziologie in Fribourg?

Es gibt viele unterschiedliche Theorien, Ansätze, Traditionen und empirische Vorgehensweisen in der Soziologie. Das Profil von Fribourg ist von verschiedenen Denkschulen in der Soziologie inspiriert: von der Soziologie, die sich mit der Analyse der Verknüpfung von alltäglichen Erfahrungen („private troubles“) und gesellschaftlichen Gegebenheiten („public issues“) im historisch gewordenen Kontext befasst; der Soziologie, welche die Verflechtung der Abhängigkeiten der Menschen untereinander in den Fokus nimmt und die Beziehungen zwischen Erleben, Handeln und Macht aufschlüsselt, oder der Soziologie, die sich mit der Relevanz und Bedeutsamkeit der wirtschaftlichen und politischen Gestaltung von Gesellschaften im globalen Kontext befasst. Zentral im Profil sind horizontale und vertikale soziale Ungleichheiten, die sich in unterschiedlichen Lebenschancen für Bevölkerungsgruppen und -kollektive manifestieren, wie auch die international vergleichende und Weltgesellschaftsperspektive, die auf gegenseitige Abhängigkeiten von Gesellschaften und ihrer Akteure verweist. In diesem Sinne passt sich die Soziologie in die internationale, humanitäre und kritische Tradition der Universität Fribourg gut ein.

Das deutschsprachige Studium in Fribourg zeichnet sich denn auch durch die Vermittlung eines weiten Spektrums an theoretischen und methodologischen Grundkenntnissen (Begriffe, Theorien, Klassiker, wissenschaftstheoretische Positionen) in Verbindung mit einer breiten Ausbildung in quantitativen und qualitativen Methoden aus. Dabei wird zum einen auf aktuelle gesellschaftliche Phänomene, soziale Probleme und die dadurch ausgelösten Debatten Bezug genommen und zum anderen werden diese theoretisch und empirisch ausgelotet. Zudem legen wir Wert auf eine internationale, komparative Perspektive, mit der wir Gesellschaften analysieren und verstehen wollen.

Ausbildungsziele und Berufsperspektiven

Das Studium der Soziologie vermittelt den Studierenden die Kompetenz, soziologische Theorien, Methoden und Analysen zu verstehen und selbstständig soziologische Fragestellungen im Rahmen eigenständiger Untersuchungen zu bearbeiten und berufsqualifizierende Kompetenzen entsprechend den gewählten thematischen Feldern zu erwerben.

Erarbeitet werden vertiefte Kenntnisse allgemeiner wie spezieller soziologischer Theorien, sowie ein fundiertes Verständnis für schweizerische und internationale politische, ökonomische und kulturelle Institutionen. Diese Kenntnisse ermöglichen es, aktuelle Debatten und Fragestellungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu verstehen und zu analysieren.

Das Studium in Fribourg legt grossen Wert auf wissenschaftstheoretische und methodologische Kenntnisse sowie auf Techniken des wissenschaftlichen und methodischen Arbeitens, d.h. es werden unterschiedliche theoretische Perspektiven, wissenschaftstheoretische Paradigmen und qualitative und quantitative Methoden der Sozialforschung gelehrt. Die Methoden werden anwendungsorientiert vorgestellt und geübt.

Bachelor- und Master-Studium in Soziologie vermitteln das theoretische und konzeptionelle Rüstzeug für (Kader-)Positionen in öffentlichen und privaten Organisationen oder für Forschung und Lehre. Die Ausbildung befähigt zu einer beruflichen Tätigkeit in verschiedensten Bereichen wie beispielsweise in Kultur- und Medien, in Personalabteilungen von Unternehmen, in Bundesämtern, in der Markt- und Meinungsforschung oder auch als Selbstständige in der Sozialforschung. Zudem befähigt das Studium zu konzeptionellen Tätigkeiten im Bereich der öffentlichen Verwaltung, besonders im Sozialbereich.

Das Studienprogramm «Soziologie» im Bachelor

Das Programm «Soziologie» kann auf Bachelorstufe als Programm zu 120 ECTS¹ - Punkten (Bereich I) studiert werden; es wird mit einem Programm zu 60 ECTS-Punkten (Bereich II) ergänzt. Ausserdem wird das Programm «Soziologie» für Studierende anderer Studienbereiche als Programm zu 60 ECTS-Punkten (Bereich II) angeboten. Das Studienprogramm zu 120 ECTS-Punkten kann auf Deutsch, Französisch oder auch zweisprachig studiert werden.

Die Programme der Soziologie führen im Bachelor in soziologische Theorien, Methoden und Analysen ein. Das Angebot fusst auf drei Säulen:

- Allgemeine Soziologie;
- Spezielle Soziologien (z.B. Wirtschaftssoziologie, Politische Soziologie, Familiensoziologie, Entwicklungssoziologie, Kriminalsoziologie, Arbeitssoziologie);
- Sozialforschung.

Nach dem Einführungsjahr, das neben der thematischen Einführung eine Übersicht über Theorien, Denkweisen, Paradigmen, Sozialforschung und Methoden bietet, kommt beim Bachelor-Programm zu 120 ECTS-Kreditpunkten zusätzlich zu thematisch vertiefenden Veranstaltungen im zweiten und dritten Studienjahr eine theoriegeleitete, empirische Forschungsarbeit (Bachelorarbeit) hinzu. Hier bietet sich die Möglichkeit, ein Thema aus dem Bereich der Soziologie in einer Arbeitsgruppe zu vertiefen und eine empirische Untersuchung durchzuführen. Die Studierenden wäh-

¹ European Credit Transfer System: Jede Veranstaltung hat eine bestimmte Anzahl an ECTS-Punkten. Die Anzahl der Punkte bemisst sich am zeitlichen Aufwand für die Veranstaltung; ein ECTS-Punkt steht für 25-30 Stunden Arbeitsaufwand.

len zwischen den unterschiedlichsten inhaltlichen Bereichen der Soziologie: Migration, Arbeitsmarkt, Familie, Bildung, Sozialhilfe, Jugendarbeit, schweizerische Institutionen im Ausland etc.

Im Bachelor soll ein Verständnis gewonnen werden

- für Strukturen, ihrer Relevanz im Alltag und beim sozialen Wandel, sowie für soziales Handeln;
- für soziale Probleme und ihre Erklärung und Analyse;
- für das Soziale von gesellschaftlichen Phänomenen und individuellem Handeln;
- für den gesellschaftlichen Wandel;
- für die Verortung von sozialen Phänomenen in ihrem umfassenderen Kontext.

Das Bachelor-Programm vermittelt entsprechende Forschungs-, Analyse- und Entscheidungskompetenzen.

Das Studienprogramm «Soziologie» im Master

Das **Master-Programm** zu 90 oder 120 ECTS-Kreditpunkten in «Soziologie» zeichnet sich durch folgende Schwerpunkte aus: «Weltgesellschaft», «Wohlfahrtsregimes und Konflikte» und «Gender, Gesellschaft, Sozialpolitik». Es beruht wie der Bachelor ebenfalls auf den drei Säulen Allgemeine Soziologie, Spezielle Soziologien und Sozialforschung. Die Programme zu 30 ECTS-Punkten beschränken sich auf Allgemeine Soziologie und Spezielle Soziologien. Durch die Kombination von Modulen im Programm zu 90 ECTS ist es möglich, im Abschluss Soziologie einen spezifischen Schwerpunkt als Spezialisierungsprogramm auszuweisen (zum Beschrieb siehe unten). Der Master baut auf den theoretischen, methodologischen, methodischen und thematischen Kenntnissen des Bachelors auf. Es steht eine Vielfalt von inhaltlichen Themen zur Auswahl (z.B. Arbeits-, Entwicklungs-, Familien-, Gesundheits-, Konflikt-, Organisations- und Wirtschaftssoziologie, Politische Soziologie und Gender Studies). Das Programm vertieft, verbreitert und differenziert die bisherigen methodischen Kenntnisse der qualitativen und quantitativen Sozialforschung auf hohem Niveau und verfolgt eine komparativ-internationale Perspektive. Die Studierenden haben die Möglichkeit, aus einer Reihe von Spezialisierungsprogrammen im Rahmen des Studiums Soziologie zu wählen.

Spezialisierungsprogramm Weltgesellschaft

Das Konzept der Weltgesellschaft geht von der Annahme aus, dass es eine globale, Nationalstaaten übergreifende Gesellschaft gibt. Diese Weltgesellschaft integriert Individuen, Organisationen und Staaten und bildet damit kulturelle, politische und wirtschaftliche Sphären, deren Analyse zu Unrecht immer noch im Schatten der Analysen von nationalstaatlichen Strukturen und Prozessen steht. So ist absehbar, dass mit fortschreitender Globalisierung die inter- und transnationalen Interaktionen wei-

ter an Bedeutung gewinnen und damit den Handlungsspielraum sowie Entscheidungen von nationalen Akteuren verstärkt beeinflussen. Die Analyse der Weltgesellschaft umfasst Fragestellungen, die auf Strukturen, Akteuren und Prozessen fokussieren. Von Interesse sind beispielsweise globale Ungleichheitsstrukturen, Armut, kulturelle Diversität und internationale Regimes. Relevante Akteure sind vornehmlich Staaten, internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Non-Profit-Organisationen (NPOs), transnationale Unternehmen und Policy Groups sowie z.B. auch Migrantinnen und Migranten. Prozesse von Interesse sind transnationale und internationale Konflikte, Allianzformationen und Problembearbeitungsansätze und -muster, Entwicklungsprozesse und -zusammenarbeit sowie Migrationen und der Transfer von kulturellen Inhalten und ökonomischen Gütern. Ausgehend von der empirisch fundierten Prämisse, dass sich in der Weltsozialstruktur drei regionale Ländergruppen (Zentrum, Semiperipherie, Peripherie) identifizieren lassen, stehen in den Kursen jeweils Analysen des wirtschaftlich hoch entwickelten Zentrums und/oder der ärmeren Peripherie im Vordergrund. Profunde Kenntnisse der Weltgesellschaft sind vor allem für all jene Studierenden von Vorteil, die sich auf eine Berufskarriere in ausserpolitisch und -wirtschaftlich orientierten Abteilungen der Bundesverwaltung oder transnational tätigen Unternehmen, NPOs oder NGOs vorbereiten. Methodische Schwerpunkte sind Fallstudien und international vergleichende Analysen.

Spezialisierungsprogramm Wohlfahrtsregime und Konflikte

Das Programm vermittelt Kompetenzen zu soziologisch orientierten Sozialpolitikanalysen und zur Konzeptualisierung sozialer Problembewältigungsmassnahmen. Thematisch im Vordergrund stehen dabei unterschiedliche soziale Probleme und Sozialpolitik. Wohlfahrtsregimes beinhalten verschiedene Elemente, die zur sozialen Wohlfahrt beitragen, also nicht nur staatliche Sozialpolitik und soziale Arbeit, sondern auch Beiträge des Marktes, der Familien, der Privathaushalte und einer Vielzahl von intermediären, d.h. zwischen Markt, Familie und Staat angesiedelten Gruppierungen. Soziale Konflikte lassen sich umschreiben als Unvereinbarkeiten der kulturellen und sozialen Ziele und/oder politischen und ökonomischen Interessen von Akteuren. Als Akteure kommen dabei vorab Staaten, Organisationen und soziale Bewegungen sowie Personen in Frage. Eine thematische Verknüpfung von sozialen Problemen und Sozialpolitiken ist insofern von zentraler Bedeutung, als die Produktion und Verteilung sozialer Wohlfahrt nicht nur Konflikte (z.B. politische und religiöse Spaltungen) reflektiert, sondern auch zur Befriedung sozialer Konflikte bzw. zur Bewältigung sozialer Probleme beiträgt.

Spezialisierungsprogramm Gender, Gesellschaft, Sozialpolitik

Gender Studies bewegen sich traditionell zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen und schaffen so Bezug zu unterschiedlichen wissenschaftlichen Sichtweisen. Dabei reichen die interdisziplinären Untersuchungen von der Frage nach Frauen in der Wissenschaft über die Frage nach dem Verhältnis zwischen Mann und Frau bis zur postmodernen Auflösung des Weiblichen und des Männlichen im wissenschaftlichen Denken. Bis heute zeigt sich dies in der grossen Vielfalt an fachspezifischen und theoriegeleiteten Herangehensweisen an die Kategorie Geschlecht, die ihren Niederschlag im theoretischen Rahmen, den methodischen Zugängen sowie in der Positionierung innerhalb des Wissenschaftsbetriebs finden. Der spezifische Schwerpunkt des deutschsprachigen Spezialisierungsprogramms ist der Bezug zwischen Gender, Sozialstaat und Sozialpolitik. Dieser führt die Studierenden in Theorien des Sozialstaats, seiner Institutionen sowie sozialpolitischer Massnahmen aus der Genderperspektive ein. Zentrale Konzepte wie Gleichheit, Differenz, soziale Gerechtigkeit, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und das Verhältnis zwischen öffentlich und privat werden herangezogen, um sich mit der Frage auseinanderzusetzen, inwiefern unterschiedliche Sozialstaaten und sozialpolitische Massnahmen geschlechtsneutral sein können bzw. inwieweit diese das Geschlechterverhältnis beeinflussen. Es wird die Frage aufgeworfen, wie sozialstaatliche Institutionen und Sozialpolitik zur Reproduktion geschlechtsspezifischer Ungleichheiten oder zu deren Reduktion beitragen, und welche Vorstellungen von Geschlechterrollen der unterschiedlichen Ausgestaltung der Sozialstaaten zugrunde liegen. Anhand spezifischer Themen aus den Sozialwissenschaften, wie z.B. Migrations-, Arbeitsmarkt-, Frauen- oder Familienpolitik werden diese Fragen konkretisiert und analysiert.

Weitere Informationen unter: <http://www.unifr.ch/sopa>

Konflikte als Gefährdung oder Quelle sozialer Kohäsion? Zu den Ursprüngen einer soziologischen Debatte

Michael NOLLERT*

Im Unterschied zu den Naturwissenschaften und der Ökonomie ist die Soziologie (noch) keine Normalwissenschaft (Kuhn 1967). So ist nicht zu übersehen, dass die Sozialwissenschaften paradigmatisch fragmentiert sind und es der System- oder der Rational Choice-Theorie wohl kaum gelingen wird, diese vermeintliche Schwäche zu beseitigen, zumal in der Soziologie vergleichsweise wenig Begeisterung für „grosse Theorien“ vorzufinden ist. Indes stossen natürlich auch in der Soziologie nicht alle Paradigmen auf die gleiche Resonanz. So lassen sich zahlreiche Kontroversen erkennen, bei denen je nach historischem Kontext die eine oder andere Fraktion den Diskurs dominiert. Denken wir nur etwa an die Kontroverse zwischen attribut- und relationenorientierten Ansätzen (Emirbayer 1997) oder zwischen Kritischer Theorie und Systemtheorie (Habermas und Luhmann 1971). Der vorliegende Beitrag skizziert anhand von zwei zentralen Fragen die Divergenzen zwischen Talcott Parsons' Struktur-funktionalismus und Georg Simmels Konfliktsoziologie.

Die Revitalisierung Simmels Konfliktanalyse in den 1960er Jahren verdanken wir massgeblich Lewis A. Coser (1913–2003). Sein Bestseller *The Functions of Social Conflicts* (1956, dt. 1972) ist vor allem aber auch deshalb grundlegend, weil er damit ähnlich wie etwa Robert Merton (1968) oder C. Wright Mills (1959) die hegemoniale Stellung Parsons' Systemtheorie in der englisch- und deutschsprachigen Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg herausforderte. Erinnern wir uns zurück: Parsons plädierte nicht nur für ein Primat der Arbeit an einer paradigmengreifenden „Grossen Theorie“ gegenüber der empirischen Überprüfung von Theorien „mittlerer Reichweite“, ein Anliegen, das vor allem von Merton und Mills kritisiert wurde. Seine Theorie beinhaltete auch die Prämisse, gesellschaftliche Integration sei nur auf der Grundlage von gemeinsamen Normen und Werten möglich. Damit grenzte er die Soziologie u.a. von Thomas Hobbes' Ansicht ab, wonach der *Kampf aller gegen alle* nur dank des Gewalt monopolisierenden Leviathans zu vermeiden sei. Diese für die Identität der Soziologie zweifellos grundlegende Prämisse fand auch in der deutschsprachigen Soziologie eine grosse Resonanz. Allerdings war mit dieser Prämisse auch die (konservative) Ansicht verbunden, dass Konflikte bzw. Gruppen, die den vermeintlichen normativen Konsens stören, *a priori* die gesellschaftliche Stabilität gefährden. Diese Ansicht war vor allem deshalb brisant, weil politische Akteure daraus

* Prof. Dr. Michael Nollert ist Professor am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: michael.nollert@unifr.ch

die Forderung ableiten konnten, dass solche normative Dissidenz möglichst bereits im Keim zu ersticken sei. Was damit konkret gemeint ist, erfuhr der jüdische Linke Ludwig Cohen¹ spätestens mit Hitlers Machtergreifung 1933. Ironischerweise spürte Parsons dann in den 1950er Jahren am eigenen Leib, wie herrschende Gruppen auf Dissidenz reagieren, als er von McCarthys' Jägern verdächtigt wurde, eine kommunistische Verschwörung an der Harvard Universität anzuführen.

Kulturelle Homogenität als Basis sozialer Kohäsion?

Obwohl bereits Emile Durkheim betonte, dass Gesellschaften auf einen normativen Konsens angewiesen sind, ist Parsons (z.B. 1937) noch immer der wichtigste Referenzpunkt für die Prämisse, dass kulturelle Divergenzen die Stabilität von Gesellschaften gefährden. Inzwischen wissen wir, dass dieses naive, im Alltag und in der politischen Praxis gleichwohl populäre Gesellschaftsbild vor allem deshalb problematisch ist, weil es nicht nur abweichendes Verhalten, sondern Konflikte *per se* als *dysfunktional* einstuft. An die Adresse von Parsons gerichtet schreibt Coser denn auch: „Schlüsselproblem ist für sie (Parsons etc.) die Aufrechterhaltung der bestehenden Strukturen und die Mittel und Wege, deren reibungsloses Funktionieren zu garantieren. Sie haben sich eingehend mit Fehlanpassungen und Spannungen befasst, die den Konsensus beeinträchtigen.“ (Coser 1972 [1956]: 19)

Dass Gesellschaften nicht auf einen normativen Konsens angewiesen sind, lässt sich indes bereits aus Georg Simmels Metapher von der *Kreuzung sozialer Kreise* (1908b) ableiten. So heben sich moderne Gesellschaften u.a. dadurch von traditionellen ab, als ihre Mitglieder nicht mehr in normativ homogene Kreise integriert sind, sondern einer Vielzahl von unterschiedlichen Normen und Werten geprägten Kreisen angehören (Nollert 2010). Normative Heterogenität gefährdet indes nicht zwangsläufig die Stabilität der Gesellschaft, im Gegenteil: Da der moderne Mensch mit einer Vielzahl unterschiedlicher normativer Ansprüche konfrontiert ist, neigt er eher zu Toleranz als der traditionelle, bestens in einen geschlossenen normativen Kontext integrierte Mensch. Diese Argumentation stimmt weitgehend mit Granovetters (1985) paradigmatischem Beitrag überein, worin er einerseits das neoklassische Modell des *undersocialized man* kritisiert, das Menschen als soziale Atome konzipiert, und andererseits das strukturfunktionalistische Modell des *oversocialized man* ablehnt, wonach die Stabilität einer Gesellschaft davon abhängt, dass die Menschen gemeinsame Normen und Werte internalisieren. Gleichwohl gilt es bei der von Simmel inspirierten These, dass normative Heterogenität kohäsiv wirkt, zu beachten, dass soziale Ungleichheiten auch in modernen Gesellschaften ein permanentes Konfliktpotenzial bilden (Dahrendorf 1957). Kreuzungsprozesse fördern demnach nur dann

¹ Ludwig Cohen war der Geburtsname von Lewis A. Coser.

den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn Menschen über Kontakte zu Menschen in unterschiedlichen ökonomischen Lagen verfügen, also Schnittstellen zwischen sozialen Kreisen mit unterschiedlichen ökonomischen Ressourcen bilden.

Konflikte als Bedrohung der sozialen Kohäsion?

Wenn Parsons' Systemtheorie zufolge Gesellschaften auf ein gemeinsames normatives Dach angewiesen sind, liegt es auf der Hand, dass normative und andere Konflikte die soziale Kohäsion gefährden. Folglich sind Konflikte keine Interaktionen zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen mehr, sondern dysfunktionale Spannungen, die das Sozialsystem belasten und folglich der Therapie bedürfen. Auch wenn Luhmann (1987) inzwischen den Konflikt-Begriff in der Systemtheorie rehabilitiert hat, bleiben Konflikte, verstanden als Widerspruch durch Kommunikation, auch bei ihm negativ konnotiert, da sie zu viel Ressourcen und Aufmerksamkeit absorbieren und folglich vorab einer rechtlichen Regulierung bedürfen.

Obwohl Ferdinand Tönnies in *Gemeinschaft und Gesellschaft* (1991 [1887]) dazu riet, nur gewollte und bejahte (positive) Beziehungen als soziale Verhältnisse gelten zu lassen, ist die Vernachlässigung der produktiven Kraft von Konflikten in der Nachkriegssoziologie angesichts der hohen Relevanz des Konflikts im klassischen soziologischen Denken doch erstaunlich. Denken wir nur etwa an den berühmten Satz in Marx' und Engels' kommunistischem Manifest (2008 [1848]:18): „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“. Aber auch kulturelle Konflikte wurden nicht wie heute vornehmlich als Gewaltpotential gesehen, das sich bestenfalls mittels „interkulturellen Dialogen“ bewältigen lässt. So wies etwas Robert Ezra Park, ein weiterer Simmel-Schüler, in seinem bahnbrechenden Artikel *Human Migration and the Marginal Man* (1928) nicht nur auf die psychischen Unsicherheiten hin, mit denen Menschen an der Schnittstelle zwischen zwei Kulturen konfrontiert sind. Zugleich präsentierte Park auch eine Zivilisationstheorie, derzufolge migrationsbedingte Konflikte, die in eine kulturelle Hybridisierung münden, zum sozialen Fortschritt beitragen. So schreibt er bereits im Abstract: „Migrations, with all the incidental collision, conflicts, and fusions of peoples and of cultures which they occasion have been accounted among the decisive forces in history. Every advance in culture, it has been said, commences with a new period of migration and movements of populations“ (S. 881).

Noch deutlicher wird Coser (1972 [1956]). Für ihn lag es auf der Hand, Konflikte als zentrale Kategorie bei der Analyse von gesellschaftlichem Wandel und Fortschritt zu revitalisieren. In diesem Sinne versuchte er Simmels *Der Streit* (1908a) in eine funktionalistische Terminologie zu übersetzen und zu aktualisieren. Von den 16 Thesen, die er in seinem Buch präsentiert, scheinen im Hinblick auf die Analyse aktueller gesellschaftlicher Trends folgende von besonderem Interesse: Vorab betont Coser in

These 1 mit Hinweis auf das indische Kastensystem, dass Konflikte zwischen einer Vielzahl von Gruppen, die sich sowohl gegen oben als auch gegen unten abgrenzen, eine Sozialstruktur stabilisieren. These 2 zufolge verfügen Gesellschaften zudem über „Ventil-Institutionen“, d.h. Ersatzobjekte (z.B. sog. Sündenböcke bzw. Randgruppen), die sich für die Abreaktion von Aggressionen eignen. These 3 zufolge sind diese Ersatzobjekte auch häufig Adressat sog. „unechter Konflikte“, d.h. Konflikte, die nicht wie die „echten Konflikte“ auf eine Strukturveränderung abzielen, sondern vornehmlich der Spannungsentladung dienen. Die Thesen 9 bis 11 fokussieren auf Auswirkungen von Aussenkonflikten auf die Binnenstruktur von Gruppen. So postuliert Coser, dass vor allem auch Konflikte mit einer *out-group* die interne Kohäsion fördern, dass Gruppen, die in intensivem Konflikt mit anderen Gruppen stehen, zu Intoleranz und Repression neigen und dass von Kohäsionsdefiziten bedrohte Gruppen auch gerne externe Feinde konstruieren, wobei einzuräumen ist, dass grosse Gruppen eher als kleine in der Lage sind, Konflikte im Sinne des *rally 'round the flag* zu externalisieren auch deshalb integrieren, weil Parteien sich häufig erst in einer Konfrontation bewusst werden, dass sie trotz divergierender Interessen eine schmale Basis gemeinsamer Normen und Regeln teilen.

Literatur

- Coser, Lewis A. (1972 [1956]). *Die Funktionen sozialer Konflikte*. Neuwied und Berlin: Luchterhand.
- Dahrendorf, Ralf (1957). *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Emirbayer, Mustafa (1997). Manifesto for a Relational Sociology. *American Journal of Sociology*, 103(2), 281-317.
- Granovetter, Mark (1985). Economic action and social structure: the problem of embeddedness. *American Journal of Sociology*, 91(3), 481-510.
- Habermas, Jürgen und Niklas Luhmann (1971). *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie - Was leistet die Systemforschung?* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kuhn, Thomas (1967). *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1987). *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marx, Karl und Friedrich Engels (2008 [1848]). *Manifest der kommunistischen Partei*. Hamburg: SoL Media.
- Merton, Robert K. (1968). *Social Theory and Social Structure*. New York: Free Press.
- Mills, C. Wright (1959). *The Sociological Imagination*. Oxford: Oxford University Press.

- Nollert, Michael (2010). Kreuzung sozialer Kreise. Auswirkungen und Wirkungsgeschichte. In: Stegbauer, Christian und Roger Häußling (Hg.). *Handbuch Netzwerkforschung* (159-167). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Park, Robert E. (1928). Human migration and the marginal man. *American Journal of Sociology*, 33(6), 881-893.
- Parsons, Talcott (1937). *The Structure of Social Action*. New York: Free Press.
- Simmel, Georg (1908a). Der Streit. In: ders. *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung* (186-255). Berlin: Duncker & Humblot.
- Simmel, Georg (1908b). Die Kreuzung sozialer Kreise. In: ders. *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung* (305-344). Berlin: Duncker & Humblot.
- Tönnies, Ferdinand (1991 [1887]). *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Soziologische Perspektiven auf die muslimische Diaspora

Amir SHEIKHZADEGAN*

Die Präsenz muslimischer Einwanderer in Europa ist spätestens seit den 1990er Jahren Gegenstand heisser öffentlicher Debatten. Zur Diskussion stehen vorwiegend integrationsspezifische Themen, wie etwa das Tragen von Schleier/Kopftuch in der Öffentlichkeit, der Bau von Friedhöfen, Moscheen und Minaretten, Sportunterricht für muslimische Mädchen, Ehrenmorde und Jihadismus.

Die immer wiederkehrenden öffentlichen Debatten über den Islam in Europa haben eine Reihe von Disziplinen auf den Plan gerufen, auf die Fragen rund um muslimische Diaspora wissenschaftliche Antworten zu finden. Zu Mitstreitern dieses wissenschaftlichen Diskurses gehören auch Soziologen.

Die Vielfalt der soziologischen Zugänge zur Frage des Islam in Europa bzw. im Westen kann hier kaum wiedergegeben werden, denkt man an die vielen speziellen Soziologien, die sich mit dieser Thematik befassen, oder an die zahlreichen, in der Soziologie vertretenen Denkschulen und Theorietraditionen. Deshalb werden im Folgenden zunächst einmal einige der einschlägigen Forschungsbereiche angeführt, um dann anhand eines konkreten Beispiels die soziologische Auseinandersetzung mit der Thematik des Islam in Europa zu veranschaulichen.

Was die Forschungsbereiche anbelangt, lassen sich die folgenden, sich teilweise überlappenden Richtungen hervorheben:

- Manche soziologischen Studien nehmen die Weltgesellschaft als ihren analytischen Rahmen und bearbeiten aus dieser Warte Themen wie die Entstehung und Transformation von kollektiven muslimischen Identitäten, Konflikte zwischen islamisch geprägten Kontexten und westlichen Gesellschaften, Entstehung von globalem islamischem Jihadismus, Mechanismen der Entstehung und Transformation von globalen Diskursen über den Islam und Ähnliches mehr.
- Ein grosser Teil der soziologischen Arbeiten ist im Bereich der Majorität/Minorität-Beziehungen angesiedelt. Hierzu gehören Studien über Integration/Assimilation, Inklusion/Exklusion, Multikulturalität/Multikulturalismus, räumliche Segregation, Normenkonflikte und Devianz, Fragen in Bezug auf den sozialen Ort (Klasse, Schicht, Milieu, Habitus), soziale Ungleichheit und Konflikte um die Präsenz des Islam in der Öffentlichkeit (öffentliche Ausübung von Ritualen, Sichtbarkeit der Religion, religiöse Kleidung, sakrale Orte und religiöse Bauten).

* Dr. Amir Sheikhzadegan ist Doktorassistent am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: amir.sheikhzadegan@unifr.ch

- Manche Studien konzentrieren sich auf die Diaspora-Gemeinschaften. Beispiele dafür wären Arbeiten über Transnationalismus und soziale Netzwerke, Vergemeinschaftung von Muslimen und Musliminnen (freiwillige Assoziationen, soziale Medien, Konversion und Rituale), Geschlechterbeziehungen und *imagined communities*.
- Eine weitere Gruppe von Studien befasst sich mit der sozialen Produktion von Metanarrativen. Dazu gehören allen voran Studien über Islam-Bilder, Xenophobie/Islamophobie, Identitätspolitik rechtspopulistischer Strömungen, Analyse der Diskurse rund um den Islam, Islam-Bilder in den Medien und Reproduktion von alten Islam-Klischees.
- In manchen Forschungen liegt der Fokus auf bestimmten sozialen Gruppen innerhalb der muslimischen Gemeinschaften. Von Interesse sind dabei häufig die Situation der Jugend/Secondos/Tercieros oder die Lage der schwächeren Gruppen, seien es die Frauen, die Kinder, die religiösen Minderheiten, Menschen mit alternativer sexueller Orientierung oder nichtkonforme Individuen.
- Anwendungsorientierte soziologische Studien konzentrieren sich auf die Fragen, die einen Mehrwert für Sozialpolitik, Sozialarbeit und Pädagogik versprechen. Islam in der Schule, soziale und politische Partizipation von Muslimen und Musliminnen, Bewältigungsstrategien bezüglich der defizitären Ressourcen, „citizenship“, Identitätspolitik von Minoritäten und bikulturelle Familien/Partnerschaften sind Beispiele solcher Studien.
- Auf der Mikroebene behandeln die Soziologen häufig Fragen bezüglich der Lebenssituation von Muslimen und Musliminnen aus lebensweltlicher Perspektive (spezifische Ausstattung des sozialen Orts und des Habitus, spezifische Konstellation von Exklusion/Inklusion, individuelle/familiale Bewältigungsstrategien von Prekarität/Vulnerabilität), Fragen hinsichtlich der Sinnkonstruktion (Wahrnehmung der sozialen Situation, Stigmatisierungserfahrungen, Weltanschauung, Religiosität, Einstellungsfragen) sowie identitätsspezifische Thematiken (Selbst- und Fremdwahrnehmung und deren Wandel).

Nach diesen eher abstrakten Ausführungen soll nun ein konkretes Beispiel aus dem mikrosoziologischen Bereich in groben Zügen skizziert werden. Dabei handelt es sich um ein vom Nationalfonds finanziertes Forschungsprojekt über zivilgesellschaftliches Engagement von Muslimen und Musliminnen in der Schweiz, das zurzeit im Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg (CH) läuft.¹

¹ Dieses Forschungsprojekt trägt den Titel: *Freiwillige Assoziationen, multiple Identitäten und Toleranz. Eine Rekonstruktion narrativer Identitäten von Assoziationsmitgliedern mit besonderer Berücksichtigung von MuslimInnen in der Schweiz.*

Das Forschungsprojekt sucht Antworten auf die Frage, ob zivilgesellschaftliches Engagement Spuren in der narrativen Identität² von Menschen hinterlässt. Konkret sucht der Beitrag Antworten auf die Frage, ob es im Laufe des Engagements in ehrenamtlichen Organisationen, seien es Vereine oder vereinsähnliche Gebilde, zu Veränderungen in der Selbst- und Fremdwahrnehmung von Menschen kommt, und wenn ja, ob dieser Einfluss sich dahingehend manifestiert, dass die jeweiligen Menschen sich gegenüber Outgroups öffnen oder verschliessen. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass aktives Engagement in verschiedenen sozialen Kreisen zu einer Multiplizierung der sozialen Identität der Individuen (multiple Identität) und damit zu einer höheren Toleranz-Bereitschaft dieser Individuen gegenüber Outgroups führt. Identität wird hier als ein interaktiv hergestelltes und sprachlich-symbolisch konstituiertes Gebilde verstanden, das selbstbezogene Erfahrungen der Person und ihre historisch-biographischen Phasen in einem kontinuierlichen und kohärenten Selbstbild integriert. Ferner wird die Identität als eine kontextbezogene, situative, dynamische und vielschichtige Entität betrachtet, die in den verschiedenen Lebensbereichen und Anforderungen kontinuierlich durch Identitätsarbeit (Keupp und Höfer 1997) und in Form von Teilidentitäten hergestellt wird (Lucius-Hoene und Deppermann 2004).

Die Daten werden durch eine Triangulation von drei Erhebungsmethoden gewonnen:

Durch *teilnehmende Beobachtung* der Veranstaltungen von freiwilligen Assoziationen versuchen wir herauszufinden, wie an den Mitgliedertreffen der untersuchten Organisationen kollektive Identitäten konstruiert, aufrechterhalten und die Aussenwelt perzipiert werden. *Leitfadeninterviews* mit den Vereinsvorstehern (Präsident bzw. Vizepräsident bzw. Imam) dienen dazu, Auskünfte über die Geschichte, Zielsetzungen, und die internen Beziehungen der jeweiligen Assoziation zu erheben und zudem ein Vertrauensverhältnis zu den „Gatekeepern“ herzustellen. Schliesslich werden mit aktiven Mitgliedern der Assoziationen *narrativ-biografische Interviews* durchgeführt. Diese Befragungen werden gemäss der Methode der „Rekonstruktion narrativer Identität“ nach Lucius-Hoene und Deppermann (2004) ausgewertet.

Da eine Wiedergabe der Zwischenergebnisse dieser Studie den Rahmen des vorliegenden Beitrages sprengen würde, dienen zwei Fallbeispiele zur Veranschaulichung.³

² Der Begriff „narrative Identität“ wurde vom französischen Philosophen Paul Ricœur (1983-85; 1990) geprägt, und zwar als ein Versuch, den Widerspruch zwischen der Beständigkeit und Veränderbarkeit der Identität zu lösen (vgl. Kraus 1999; Venema 2000; Sheikhzadegan 2013).

³ Eine detaillierte Analyse dieser beiden Fälle ist für eine Veröffentlichung in *Sozialer Sinn. Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung* vorgesehen.

Kurzportraits

Marina ist 59 Jahre alt. Sie kommt in der Schweiz in einer bikulturellen Familie auf die Welt. Die Mutter ist Schweizerin und Hausfrau, der Vater stammt aus Südasien und ist Jurist. Marina ist mit einem nicht-muslimischen Schweizer Bürger verheiratet. Nach dem Abschluss eines geisteswissenschaftlichen Studiums tritt sie eine Stelle im Dienstleistungssektor an. Aufgrund ihrer Islam-Kenntnisse wird sie bald im gleichen Unternehmen mit der Betreuung der muslimischen Klientel beauftragt. Das ist für sie der Beginn einer vielseitigen Karriere als Expertin für interkulturelle Fragen – eine Tätigkeit, die sie auch in ihrer Freizeit in mehreren freiwilligen Assoziationen ausübt. Aufgrund ihrer intensiven Kontakte zu Menschen unterschiedlicher Glaubensvorstellungen hat Marina ein offenes Verhältnis zu ihrer Religion – Islam – entwickelt.

Rostam ist 42 Jahre alt. Er stammt aus Südasien und lebt seit dem 21. Lebensjahr als Flüchtling in der Schweiz. Der Vater ist Arzt, die Mutter Hausfrau. Rostam ist mit einer Frau aus seiner Heimat verheiratet. Seit seiner Aufnahme in der Schweiz hat Rostam zusammen mit einer Schweizerin einen interkulturellen Verein, ein ehrenamtliches Beratungszentrum für Asylbewerber und ein Kulturrestaurant gegründet. Von allen diesen Projekten scheint das Kulturrestaurant am entscheidendsten sein Selbstverständnis geprägt zu haben. War sein Leben als Sans-Papier durch deprimierende Stigmatisierungserfahrungen gezeichnet, so konnte er dank dem Kulturrestaurant-Projekt seine Selbstachtung wiederherstellen. Zudem hat er anhand vieler Kontakte mit Schweizer Kunden verstanden, wieso bei einem Teil der autochthonen Bevölkerung eine Abneigung gegenüber Asylanten vorherrscht.

Vergleichende Analyse

Als Erstes fällt einem bei beiden Befragten ein bildungsbürgerlicher Habitus auf. Dies erklärt den hohen Stellenwert des Hochschulstudiums sowie das elitäre, humanistisch orientierte Islam-Verständnis bei beiden Personen. Sodann weisen beide in der späteren Entwicklung ihrer Biografien eine marginalisierte Lebenssituation auf. Rostam erfährt durch seinen Status als Asylbewerber in der Schweiz einen abrupten sozialen Abstieg. Bei Marina ist auf der einen Seite von einer Diaspora-Situation die Rede, andererseits aber von einer „randständigen“ Position innerhalb der „eigenen Gemeinschaft“, woraus sich eine doppelte Marginalisierung ergibt.

Dennoch finden beide Befragten geeignete Strategien, um ihr marginalisiertes Dasein zu bewältigen. Marina gelingt es, ihre Zugehörigkeit zu einer „fremden“ Religion zu einem *Asset* zu machen und ihre Kenntnisse dieser Religion in der Kulturvermittlung einzusetzen. Rostam überwindet seine erschütterte Selbstachtung, indem er ein Kulturrestaurant gründet, welches ihm Ruhm und Respekt einbringt.

Marinas ehrenamtliches Engagement ist dadurch geprägt, dass sie den Islam für Nichtmusliminnen verständlich macht und für die Rechte der Muslime und Musli-

minnen entsteht. Gerade dieses Engagement löst bei ihr allmählich eine differenziertere Sicht ihrer Religion aus, was mit einer gewissen Distanz zu „ihrer Gemeinschaft“ einhergeht. Bei Rostam steht, aufgrund seines ausgeprägt mystischen Bezugs zum Islam, humanistisches, über muslimische Gemeinschaft(en) hinausgehendes Engagement im Vordergrund, so dass er je nach Kontext für die Interessen der einen oder anderen Gruppe der stigmatisierten Migranten und Migrantinnen, insbesondere aber der Sans-Papiers, geradesteht. Mystische Orientierung ist aber nicht die einzige Motivationsquelle seines Engagements für Asylbewerber. Auch sein abrupter sozialer Abstieg durch Migration sensibilisierte ihn erheblich für soziale Fragen.

Gemeinsam ist den beiden Befragten auch eine im Laufe des freiwilligen Engagements entwickelte, mehr oder weniger deutliche Öffnung gegenüber Outgroups, wobei sich aus den Interviews sowohl die Kreuzung sozialer Kreise (Simmel 1968 [1908]) als auch die *Bridging*-Eigenschaft (Putnam 2000) der freiwilligen Assoziationen als Hauptfaktoren rekonstruieren lassen.

Augenfällig ist in beiden Fällen die identitätskonstituierende Rolle der Kreuzung sozialer Kreise. Während bei Marina vor allem die „Exogamie“ sowie ihre interreligiösen Dialoge zur Entwicklung ihres Selbstverständnisses als eines offenen Menschen beitragen, dienen bei Rostam die Kontakte zu „den Schweizern“ der Wiedergewinnung bzw. Stärkung seines Selbstwertgefühls. Dies stellt für beide zugleich eine Herausforderung dar: Marina ist mit dem Balanceakt bzw. dem „internal juggling act“ (Brewer 2001) zwischen ihrer individualistisch geprägten Sozialisation in der Schweiz (bikulturelle Familie, Schule etc.) und den kollektivistischen Anforderungen ihrer muslimischen Gemeinschaft konfrontiert, Rostam mit der Herausforderung der Selbstfindung. Rostams Aussage, wonach er sich in seiner Jugend nie die Frage gestellt hat, wer er sei, deutet darauf hin, dass seine Identitätsarbeit erst durch die Einwanderung in die Schweiz und der damit einhergehenden „verweigerten Identität“ (Romelspacher 1997) ausgelöst wurde. Während Marina den Widerspruch zwischen Distanz und Nähe zu „ihrer Gemeinschaft“ aufzulösen versucht, ist Rostam darum bemüht, seine Stigmatisierungserfahrungen zu bewältigen und eine Wiederaufwertung seines sozialen Status zu bewirken.

Aus den Narrationen von Marina und Rostam lässt sich nicht nur ihr Selbstverständnis, sondern auch ihre Abgrenzung von den negativ besetzten „Anderen“ gut rekonstruieren. Rostam steht vor allem den xenophoben Kreisen unter der autochthonen Bevölkerung kritisch gegenüber. Marina hingegen grenzt sich am ehesten gegen die voreingenommenen und verschlossenen Kreise innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft ab.

Die Rekonstruktion narrativer Identität der beiden Befragten ist auch bezüglich ihrer Religiosität aufschlussreich. In der Narration Marinas lässt sich die Bedeutung ihrer Zugehörigkeit zu „ihrer Gemeinschaft“ – d.h. der muslimischen Gemeinschaft in der Schweiz – hervorheben. Zwar räumt sie ein, dass sie aufgrund ihres Verständ-

nisses für Andersgläubige mittlerweile eine gewisse Distanz zu ihrer Gemeinschaft spürt. In ihrer Erzählweise kommt allerdings eine Verharmlosung dieses Zwiespalts zum Ausdruck, woraus man schliessen kann, dass bei ihr die gemeinschaftliche Dimension der Religiosität im Vordergrund steht. Orientiert man sich an Hervieu-Légers (1998) Typologie der Religiosität, muss man somit Marinas Haltung zu ihrem Glauben dem Typus „communal“⁴ zuordnen.

Was Rostams Religiosität anbelangt, lässt sich auf ersten Blick eine Prägung seiner narrativen Identität durch seinen Glauben kaum nachweisen. Zwar bekennt er sich an einer Stelle des Interviews zum Sufi-Islam. Weitere Bezüge zu seiner Religiosität bleiben im Interview aber aus. Da das gesamte Interview aber durch eine deutliche, humanistisch-universalistische Haltung gekennzeichnet ist, die man auch aus Sufi-Traditionen her kennt, könnte man dies auf den mystischen Zugang Rostams zum Islam zurückführen. Insofern liesse seine Religiosität dem Typus „ethical“ der Typologie Hervieu-Légers zuordnen.

Literatur

- Brewer, Marilynn B. (2001). The Many Faces of Social Identity: Implications for Political Psychology. *Political Psychology*, 22(1), 115-125.
- Hervieu-Léger, Danièle. (1998): The Transmission and Formation of Socioreligious Identities in Modernity: An Analytical Essay on the Trajectories of Identification. *International Sociology*, 13(2), 213-228.
- Keupp, Heiner und Renate Höfer (Hg.) (1997). *Identitätsarbeit heute*. Frankfurt/M.
- Lucius-Hoene, Gabriele und Arnulf Deppermann (2004). *Rekonstruktion narrativer Identität. Ein Arbeitsbuch zur Analyse narrativer Interviews*. Wiesbaden.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York.
- Ricœur, Paul (1983-85). *Temps et récit. Tomes I-III*. Paris.
- Ricœur, Paul (1990). *Soi-même comme un autre*. Paris.
- Rommelspacher, Brigit (1997). Identität und Macht. Zur Internalisierung von Diskriminierung und Dominanz. In: Keupp, Heiner und Renate Höfer (Hg.). *Identitätsarbeit heute* (251-269). Frankfurt/M.
- Sheikhzadegan, Amir (2013). „Erzählen, wie im Leben alles gekommen ist“: Narration im Dienst der Identitätskonstruktion. *Newsletter Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit*, 13: 19-27.

⁴ Hervieu-Léger (1998) schlägt fünf Typen der religiösen Prägung vor: *communal* (Mitgliedschaft in einer religiösen bzw. ethno-religiösen Gemeinschaft), *ethical* (normen bzw. ethisch orientiert), *emotional* (emotionaler Halt und Identifikation), *cultural* (Pflege der kulturell bedingten Riten, Sprache etc.), *political* (ideologisch orientiert) und *aesthetic* (Musik, Tanz, Küche, Pilgerfahrt, Architektur, Kleidungsstil etc.).

- Simmel, Georg (1968 [1908]). Die Kreuzung sozialer Kreise. In: ders. *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung* (305-344). Berlin.
- Venema, Henry Isaac (2000). *Identifying Selfhood: Imagination, Narrative, and Hermeneutics in the Thought of Paul Ricoeur*. Albany: State University of New York Press.

Die doppelte soziale Ungleichheit und divergente Gleichheitsideale – ein Kommentar zu François Dubets Essay « Les Places et les Chances »

Ivo STAUB*

Die Frage der Gleichheit und der Ungleichheit zwischen den Menschen ist ein traditionsreiches Thema der Soziologie. Dabei geht man davon aus, dass es neben der natürlichen Ungleichheit auch eine soziale Ungleichheit gibt, die dafür verantwortlich ist, dass Menschen in ihrem Leben mit unterschiedlichen Möglichkeiten und Hindernissen konfrontiert werden. Diese soziale Ungleichheit ist nicht etwas Zufälliges, sondern sie wird durch relativ stabile soziale Mechanismen und durch gesellschaftliche Institutionen produziert und reproduziert. Eine aktuelle Definition von *sozialer Ungleichheit* illustriert das gängige Verständnis in der Soziologie:

„Wir sprechen immer dann von *sozialer Ungleichheit*, wenn Menschen (immer verstanden als Zugehörige sozialer Kategorien) einen ungleichen Zugang zu sozialen Positionen haben und diese sozialen Positionen systematisch mit vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen verbunden sind.“ (Solga, Berger und Powell 2009:15).

Diese Definition sozialer Ungleichheit beinhaltet mehrere Aspekte:

- Menschen nehmen im Sozialraum – respektive im Beziehungsgefüge der Menschen – jeweils bestimmte *soziale Positionen*¹ ein, die gewissermassen unabhängig von den konkreten Menschen existieren. Solche sozialen Positionen haben wir nicht einfach als Individuen inne, sondern als Personen mit bestimmten zugeschriebenen (askriptiven)² und erworbenen Merkmalen.
- Die sozialen Positionen sind mit unterschiedlichen *Handlungs- und Lebensbedingungen* verbunden. Ob man beispielsweise Bundesrat oder Gärtner ist, hat einen Einfluss auf die zu erwartenden Lebensbedingungen. Als besonders wichtige Di-

* Ivo Staub ist Diplomassistent am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: ivo.staub@unifr.ch

¹ Solga, Berger und Powell (2009:14) beschreiben *soziale Positionen* wie folgt: „Als Angehörige sozialer Gruppen nehmen Menschen soziale Positionen im Gefüge sozialer Beziehungen ein. Dabei handelt es sich um »soziale Plätze« in unterschiedlichen Institutionen einer Gesellschaft (wie etwa Arbeitsmarkt, Bildungssystem, Familie, Religion, Staat), denen Aufgaben und Erwartungen (Rollenmuster) und bestimmte Ressourcen (zum Beispiel Einkommen, Autorität) zugeordnet sind. Das heißt, die Aufgaben und Ressourcen existieren relativ unabhängig von den jeweiligen Personen, die diese sozialen Positionen besetzen. Beispiele für soziale Positionen sind Beschäftigte und Unternehmer, Kinder und Eltern, Lehrer und Schüler, Mann und Frau [...], Berufspositionen, aber auch Arbeiterklasse und Bourgeoisie, Schichten, Lebensstile und soziale Milieus.“

² Damit werden Eigenschaften und Merkmale von Menschen bezeichnet, die nicht durch Leistungen erworben werden, sondern *quasi* durch Geburt oder Zuschreibung entstehen, wie etwa das Geschlecht, die Nationalität oder die Sprache.

mensionen der sozialen Ungleichheit der Gegenwartsgesellschaft identifiziert die Soziologie die Bildungsausstattung, die Berufsposition und die ökonomische Ausstattung (Einkommen und Vermögen). Es gibt zudem eine Vielzahl weiterer Formen von vorteilhaften und nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen, wie etwa: die Gesundheit, die Lebenserwartung, die politische Partizipation, der Zugang zu öffentlicher Infrastruktur oder die Wohnqualität. Ein kurzer Überblick zur Situation in der Schweiz findet sich bei Levy (2009).

- Der Zugang zu den sozialen Positionen und die Chancen, diese zu erreichen, sind auch ungleich verteilt. Die Zuteilung der sozialstrukturellen Positionen ist weder zufällig noch wird sie ausschliesslich durch das Talent und die Leistung bestimmt, sondern es gibt askriptive Merkmale, die auf das Erreichen einer Position (respektive auf die Statuszuweisung) einen systematischen Einfluss haben. In der Schweiz beeinflusst etwa die soziale Position der Eltern – die so genannte soziale Herkunft – die Chancen der Kinder beim Bildungserwerb und bei der Zuteilung der Berufsposition (u.a. Falcon 2012; Jacot 2013; Jann und Combet 2012; Levy 2010).

Die Sozialstrukturanalyse richtet ihren Blick demnach auf zwei Formen der Ungleichheit: einerseits analysiert sie die ungleiche Verteilung von Handlungs- und Lebensbedingungen – die *Ergebnisungleichheit*; andererseits untersucht sie die Mechanismen der Statuszuweisung und schaut, ob bei diesen Mechanismen neben dem Talent und der Leistung auch askriptive Merkmale der Personen wichtig sind – es geht also um die *Chancenungleichheit*.

Moderne Gesellschaften basieren auf dem Grundsatz der formalen Gleichheit aller Menschen. In der Realität gibt es jedoch grosse Ungleichheiten bezüglich den Ergebnissen und den Chancen. Diese Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit stellt Gesellschaften – und insbesondere deren politischen Systeme – vor substantielle Herausforderungen. Dadurch stellt sich die Frage, ob und wie man gegen diese Ungleichheiten vorgehen soll.

Der französische Soziologe François Dubet hat zu den beiden Formen der Ungleichheit und den daran anknüpfenden Gleichheitsidealen den Essay « *Les Places et les Chances. Repenser la justice sociale* » (2010) verfasst und darin wichtige Gedanken festgehalten. In der Folge sind seine zentralen Argumente in stark gekürzter Form wiedergegeben.

« L'égalité des places » (Dubet 2010:15-51)

Die Konzeption der « égalité des places » – ein Begriff, für den es keine treffende deutsche Übersetzung gibt – knüpft an das klassische Verständnis von Ergebnisgleichheit an und beinhaltet die Vorstellung, dass mit den verschiedenen Positionen im Gesellschaftsgefüge insgesamt entweder keine oder nur kleinere Unterschiede bezüglich vorteilhaften oder nachteilhaften Handlungs- und Lebensbedingungen verknüpft sein

sollen.³ Dabei geht es in der politischen Umsetzung dieser Position um die Reduktion der real existierenden Verteilungsungleichheiten. Eine Erhöhung der sozialen Mobilität und der Chancengleichheit ist für die VertreterInnen dieser Position von untergeordneter Bedeutung.

Für Dubet ist der Sozial- und Wohlfahrt das zentrale Instrument zur Herstellung der « *égalité des places* ». Die wichtigsten Kräfte, die dieser Form der Gleichheit politisches Gewicht verleihen, sind die Arbeiterbewegung (inklusive den Gewerkschaften) und ihre politischen Allianzpartner (insbesondere die politische Linke). Das Instrumentarium des Wohlfahrtsstaates wird in einer grossen Breite genutzt. So wird etwa mittels staatlicher Transfermassnahmen versucht, das Einkommen der Personen untereinander anzugleichen. Für die Schweiz zeigt Suter (2010), dass Sozialversicherungen und bedarfsabhängige Transfers besonders für Haushalte mit tiefem Einkommen eine wichtige ökonomische Sicherung darstellen.

Es geht aber nicht nur um ökonomische Umverteilung, sondern um die Schaffung sozialer Sicherheit in einem umfassenden Sinne, die Verbesserung von Lebensbedingungen und die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen für alle. Neben der Angleichung der sozialen Positionen sollen diese auch zahlreicher gemacht und abgesichert werden. So soll es eine Erweiterung der Zahl von guten sozialen Positionen geben, die zudem rechtlich geschützt werden, so dass das Schicksal der Menschen nicht von den Härten des Marktes abhängen. Die Logik der Absicherung sozialer Positionen wird von Dubet wie folgt dargestellt:

« Plus récemment, la loi sur les 35 heures a traduit la même logique : elle visait moins à réduire directement les inégalités de revenue qu'à multiplier les places et les emplois en partageant le travail. En fait, le mouvement vers l'égalité est surtout passé par la sécurisation des places occupées par les travailleurs grâce à l'assurance chômage, aux droits aux soins médicaux, aux loisirs, au logement, à la retraite, etc. Cette égalité visait donc moins à réduire directement les écarts de revenus qu'à protéger les salariés (notamment les plus modestes) des risques engendrés par les aléas de la vie. » (Dubet 2010:21).

Ein Argument, das von Fürsprechern dieses Gleichheitsideals vorgebracht wird, ist die Vorstellung, dass alle sozialen Gruppen – insbesondere die Arbeiterschaft – für das Funktionieren der Gesellschaft wichtig sind und dass daher alle am Wohlstand partizipieren sollen. Der Ausbeutungsbeziehung im Wirtschaftsleben soll eine gesellschaftliche Solidarität entgegen gestellt werden. Die Verhandlungen über Umverteilung und andere Formen sozialer Sicherung werden primär von Repräsentanten unterschiedlicher ökonomischer Interessensgruppierungen geführt, wobei die Gruppie-

³ Zur Grundsatzfrage, ob eine komplette Einebnung oder nur eine Verkleinerung der Ungleichheiten erstrebenswert sei, nimmt der Autor nicht explizit Stellung. Bei den Ausführungen zu den politischen Massnahmen geht es jedoch um eine blosser Verkleinerung der Ungleichheiten. Unklar bleibt auch, wie klein oder wie gross die Ergebnissungleichheit sein darf, damit sie für Dubet akzeptabel ist.

rungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber für die Aushandlungen besonders wichtig sind.

Zahlreiche Schwächen der « *égalité des places* » werden von Dubet angesprochen. So identifiziert er bei den staatlichen Umverteilungsinstrumenten das Problem, dass diese oftmals etablierten Gruppierungen zugutekommen und *outsiders* ausschliessen. Die Profiteure sind die Arbeitnehmer, deren Lebensverhältnisse, Positionen und Rechte abgesichert werden. Menschen, die hingegen nicht oder nur wenig in die Arbeitswelt integriert sind, haben Schwierigkeiten, sichere Arbeitsplätze und wohlfahrtsstaatliche Leistungen zu bekommen. Es gibt demnach keine universelle Solidarität, sondern eine starke Orientierung an den Vollzeitbeschäftigten. Zudem profitieren Pensionäre von der staatlichen Umverteilung. Als Konsequenz des starken Sozialstaates entsteht die Gefahr, dass die Profiteure versuchen, ihre Positionen zu verteidigen und dass eine Form des staatlichen Klientelismus entsteht. Der Fokus auf die Arbeitnehmerschaft und die Einkommensungleichheit führt zudem zur geringen Beachtung der „kleinen Ungleichheiten“, die in Bezug auf Regionen, Altersgruppen und andere Personengruppen bestehen. Diese bilden in der Summe jedoch grosse Ungleichheiten.

Kritiker der « *égalité des places* » betonen zudem, dass es eine Schwächung der sozialen Kohäsion gibt, wenn Akteure ihr Handeln auf den Staat ausrichten und darauf warten, dass dieser ihre Probleme löst. Der Staat werde wichtiger als die Mitmenschen und die Zivilgesellschaft, wenn es um die Bewältigung der Lebensrisiken geht. In eine ähnliche Richtung zielt der bekannte Einwand, dass sozialstaatliche Leistungen die Bereitschaft der Empfänger schmälert, ihre soziale Position zu verbessern. Es entsteht dadurch ein konservatives System, in dem die Menschen auf ihren Positionen verharren und versuchen diese abzusichern.

Eine wichtige Kritik zielt auf den Bereich der Diskriminierung, der Segregation und der Frage der sozialen Identitäten. Diskriminierung von Personengruppen sowie Phänomene der sozialen Schliessung in gesellschaftlich wichtigen Institutionen, wie der Schule und dem Arbeitsmarkt, werden zu wenig beachtet. Dadurch werden gewisse Formen der Benachteiligung, etwa von Frauen durch den *glass ceiling*-Effekt oder durch die geschlechtsspezifische Segregation, nicht bekämpft. Diese sind jedoch für die Lebensrealität der Betroffenen von grosser Wichtigkeit.

« *L'égalité des chances* » (Dubet 2010:53-93)

Die « *égalité des chances* » entspricht der Chancengleichheit, respektive der Chancengerechtigkeit (siehe Meulemann 2004). Bei diesem Gleichheitsideal soll die Zuteilung der sozialen Positionen und der damit verknüpften vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen durch die Leistung der Personen geschehen. Es orientiert sich am meritokratischen Prinzip, das die Leistung als Auswahlkriterium betont und Diskriminierung sowie den Einfluss askriptiver Merkmale auf die Status-

zuteilung stark ablehnt.⁴ In jeder Generation soll von neuem ein Wettbewerb zwischen den Menschen entstehen, bei dem alle die gleichen Möglichkeiten haben, um sich eine gute Lebenssituation zu erkämpfen. Die Ergebnisungleichheit wird hingegen nicht beachtet und man interessiert sich nicht für die Ungleichheiten in den sozialen Positionen.⁵ Wichtig ist nur, dass alle Menschen die gleichen Chancen bei der Zuteilung der Positionen haben.

Die wichtigen Instrumente zur Herstellung der « *égalité des chances* » sind Diskriminierungsverbote, Quotenplätze, die Anerkennung und Förderung von benachteiligten Gruppen und ähnliche Massnahmen. Zudem sollen Individuen schon früh gemäss ihren Leistungen und Möglichkeiten gefördert werden.

Eine Möglichkeit, die Verwirklichung der Chancengleichheit zu kontrollieren, ist gemäss Dubet der Vergleich der sozialen Komposition von einzelnen sozialen Positionen mit der Gesamtgesellschaft. Dabei sollten alle Gruppierungen und Merkmals-träger (wie Frauen, ethnische Minderheiten, etc.) entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtpopulation in sozialen Positionen vertreten sein; so sollten beispielsweise die Hälfte der ManagerInnen Frauen sein. Diese Messung geht davon aus, dass Merkmale wie Geschlecht oder Herkunft keinen Einfluss auf die Leistung haben und Abweichungen von der paritätischen Verteilung auf Diskriminierungen hinweisen. Untersucht werden vor allem die Elitepositionen in der Sozialstruktur.

Die Umsetzung vom Ideal der Chancengleichheit besteht im Kampf gegen zahlreiche Formen der Diskriminierung und in einer stärkeren Inklusion von Minoritäten. Die Konzepte der Diversität, Identität und der kulturellen Zugehörigkeit werden aufgewertet. Für die politische Praxis sind nicht mehr soziale Klassen die zentralen Akteurskollektive, sondern andere Gruppierungen, die sich an der kulturellen Zugehörigkeit und dem Grad ihrer Diskriminierung orientieren:

« En revanche, l'égalité des chances conduit à définir les groupes sociaux en termes de discriminations et de handicaps, c'est-à-dire en fonction de leurs chances objectives d'accéder à toutes les positions. Mutation du langage : les ouvriers deviennent les classes défavorisées ou, comme on le dit de manière plus chic, « les groupes faiblement dotés » ; ils sont moins définis par la pénibilité de leur travaux (ou leur exploitation) que par leurs faibles opportunités et l'ensemble des obstacles qui s'opposent à leur mobilité sociale ascendante. » (Dubet 2010:58).

In einer leistungsbetonten und diskriminierungsfreien Gesellschaft ist jeder einzelne selbst dafür verantwortlich, welche Position er letztlich erreicht. Wer scheitert, ist demnach selber schuld und es liegt in der individuellen Verantwortung, die eigenen Chancen zu optimieren und die volle Leistung zu erbringen. Statt dem Ideal der

⁴ Dabei wird oft eine positive Haltung gegenüber dem Markt und dem Kapitalismus eingenommen: jeder verdient, was er verdient. Leistungen ausserhalb des Marktes, in Form von unbezahlter Arbeit, werden von VertreterInnen dieses Gerechtigkeitsprinzips manchmal übersehen.

⁵ Die Existenzsicherung aller Personen auf einem minimalen Lebensstandard ist hingegen meistens vorgesehen.

sozialen Absicherung und der strukturellen Verbesserung der Handlungs- und Lebensbedingungen aller, orientiert sich staatliches Handeln am Prinzip der Aktivierung der Individuen, so dass diese mehr Eigenverantwortung übernehmen.

Dubet thematisiert mehrere Schwächen dieses Ansatzes. So zeigt sich, dass in Ländern, die der « *égalité des chances* » grosses politisches Gewicht geben, die Ungleichheiten stärker zunehmen. Da man sich vor allem um die chancengerechte Zuteilung von Elitepositionen kümmert, werden die schwierigen Lebensbedingungen der Armen zu wenig beachtet. Für die untersten Positionen gibt es nur eine minimale Absicherung, während die Ungleichheiten zunehmen. Zudem besteht die Gefahr, dass der Kampf gegen Diskriminierung als Vorwand zum Abbau von sozialstaatlichen Umverteilungsleistungen verwendet wird.

Der Leistungs- und Konkurrenzgedanke erhält einen hohen Stellenwert. Zwischen den gesellschaftlichen Gruppen entsteht ein Konkurrenzkampf um Anerkennung von Diskriminierung und um gezielte politische Förderung, etwa in Form von Quotenplätzen. Der konzeptuelle Fokus der Politik verschiebt sich zudem von Ausbeutung und Arbeit auf Diskriminierung und Identität.

Die Idee, dass in der chancengleichen Leistungsgesellschaft jeder für sein eigenes Fortkommen verantwortlich ist, führt zur Verankerung des Leitprinzips der Eigenverantwortung. Die soziale Ordnung besteht aus Siegern und Besiegten, wobei die letzteren einfach ihre Chancen nicht wahrgenommen haben. In der Folge müssen die „Verlierer“ die Schuld für ihre Lebensumstände bei sich selber suchen und sie können nicht auf die Solidarität der „Sieger“ zählen.

Ein weiterer Kritikpunkt liegt darin, dass subtile Mechanismen der sozialen Reproduktion existieren, die über die blosser Diskriminierung hinausgehen, etwa Stereotypen und Präferenzen, die u.a. zur Segregation führen. So zeigt etwa die Schule, wie schwierig es ist, Herkunftseffekte und Einflüsse anderer askriptiver Merkmale zu bekämpfen. Die formale Chancengleichheit zwischen den Menschen garantiert keine effektive Chancengleichheit, bei der ausschliesslich die Leistung zählt.

Welches Gleichheitsideal soll den Vorrang haben? (Dubet 2010:95-115)

François Dubet konstatiert, dass beide Formen der Gleichheit berechtigt und wünschenswert sind. In der politischen Umsetzung kommt es jedoch dazu, dass man einem Gleichheitsideal den Vorzug geben muss.⁶ Er setzt sich aus mehreren Gründen für ein Primat der « *égalité des places* » ein, von denen hier einige aufgeführt sind.

Die Ergebnisungleichheit hat stark negative Konsequenzen für die Individuen und die Gesellschaft. So gibt es etwa empirische Evidenz dafür, dass in ungleichen Gesellschaften die Gesundheit der Bevölkerung schlechter ist (Wilkinson 2007). Eine Ein-

⁶ So stellt sich beispielsweise die Frage, ob man in einem „Problemquartier“ die Lebensbedingungen verbessert oder ob man es „den Besten“ ermöglicht, das Quartier möglichst schnell zu verlassen.

ebnung der Ungleichheiten würde gleichsam deren negativen Folgen verringern (siehe auch Wilkinson und Pickett 2010 [2009]).

Eine hohe Ergebnisgleichheit erhöht zudem die Chancengleichheit. Empirische Befunde zeigen, dass Gesellschaften mit einer geringen Ungleichheit eine höhere intergenerationale Mobilität – ein wichtiges Indiz für das Bestehen von Chancengleichheit – haben.⁷ Wenn die sozialen Positionen weniger weit auseinander liegen, dann ist es auch einfacher zwischen diesen zu wechseln.

Die Chancengleichheit betont in ihrer Rhetorik die Autonomie des Individuums. Zur Realisierung dieser Autonomie benötigen die Menschen jedoch zahlreiche Ressourcen. Dubet argumentiert, dass durch die « *égalité des places* » jeder eine abgesicherte soziale Position innehat, die es erlaubt, ein selbstgewähltes und selbstgestaltetes Leben zu führen.

Das Projekt der « *égalité des places* » impliziert zudem eine solidarische Gesellschaft, die die Härten des Marktes abfedert und die Gemeinsamkeiten der Menschen betont.

Für Dubet ist sein Essay jedoch keine konservative Verteidigung des aktuellen Sozial- und Wohlfahrtsstaats. Das Ziel kann und soll nicht sein, diesen zu verklären. Denn die Kritik bezüglich des Ausschluss von *outsiders*, der geringen Sensibilisierung für Diskriminierung und der Gefahr des Klientelismus sind durchaus berechtigt.

Würdigung

Die Fragen, welches Ausmass an Ungleichheit und welche Mechanismen der Statuszuweisung gerecht sind, sind für Gesellschaften der Gegenwart von grosser Bedeutung. Der vorgestellte Essay befasst sich mit den Implikationen zweier Gleichheitsideale und deren politischen Umsetzungen. Er vertritt die Position, dass Gesellschaften sowohl meritokratisch wie auch egalitär sein sollen, in der Realpolitik jedoch der « *égalité des places* » das Primat zukommen soll. Bei den Ausführungen zu diesem Konzept bleibt es leider unklar, ob der Autor nur Verkleinerungen der Unterschiede in den Handlungs- und Lebensbedingungen zwischen den Menschen wünscht oder ob er diese Ungleichheiten ganz beseitigen möchte. Falls es ihm nur um die Verkleinerung geht, dann fehlen jegliche Angaben darüber, welches Ausmass der Ungleichheit akzeptabel oder sogar notwendig ist. Zudem irritiert die Benennung des Konzepts etwas, da mit *Verteilungsgleichheit* respektive *egalitärer Gerechtigkeit* oder *Egalitarismus* schon etablierte und anschlussfähige Begrifflichkeiten existieren, die Dubet nicht aufgreift und von denen er sich nicht abgrenzt.

⁷ So ist die soziale Mobilität in Skandinavien und in Frankreich höher als in den USA (Dubet 2010:100).

Im Essay werden die Bedarfsgerechtigkeit⁸ und die Leistungsgerechtigkeit⁹ (sowie andere Gleichheitsideale und Gerechtigkeitsvorstellungen), die in öffentlichen Diskursen eine prominente Stellung einnehmen, nicht explizit angesprochen. Das ist bedauerlich, da sich diese von der Chancengerechtigkeit und der egalitären Gerechtigkeit unterscheiden. Zudem sind die Bedarfsgerechtigkeit und die Leistungsgerechtigkeit gerade für moderne Wohlfahrtsstaaten zentral und werden durch diese besonders berücksichtigt und bearbeitet (Becker und Hauser 2004). In soziologischen Untersuchungen zu Gleichheitsidealen in Deutschland von Wegener und Liebig (2010) zeigt sich zudem, dass substantielle Bevölkerungsanteile anderen Vorstellungen anhängen, die gemeinhin nicht als Gleichheitsideale verstanden werden. So findet auch die Vorstellung, dass zugeschriebene Merkmale einer Person über die Güterverteilung entscheiden sollen (Askriptivismus), einen substantiellen Zuspruch. Auch die Ansicht, es lasse sich gar keine gerechte Verteilung erzielen (Fatalismus), wird von den Autoren in Deutschland vorgefunden. Solche Positionen werden von Dubet nicht aufgegriffen.

Einige der zentralen empirischen Argumente – insbesondere der Zusammenhang zwischen einer hohen Verteilungsgleichheit und einer grossen Chancengleichheit – werden im Essay nur durch relativ wenige wissenschaftliche Quellen belegt, wodurch die empirische Fundierung von Dubets Argumentation etwas dünn ist. Problematisch ist diesbezüglich auch, dass zwar die negativen Folgen der Verteilungsungleichheit auf Individuum und Gesellschaft angesprochen werden, die negativen Folgen der Chancenungleichheit werden hingegen weder thematisiert noch mit empirischen Verweisen dokumentiert.

Da sich das Buch an die französische Öffentlichkeit richtet, fokussiert es stark auf Frankreich und dessen Wohlfahrtsstaat. Dadurch sind viele Beispiele und Darlegungen nicht einfach so auf die schweizerischen Verhältnisse übertragbar. Zudem gibt es einige weitere Kleinigkeiten, die beim Essay etwas negativ auffallen (etwa die geringe Beachtung der unbezahlten Arbeit).

Das Buch zeichnet sich jedoch durch frische Ansichten zu einem wichtigen und klassischen Thema der Ungleichheitsforschung aus und beinhaltet interessante Gedanken zu den Implikationen der beiden vorgestellten Gleichheitsideale.

⁸ Bedarfsgerechtigkeit oder Bedürfnisgerechtigkeit bezeichnet die Idee, dass sich die Vergütung von Menschen an deren Bedarf orientiert.

⁹ Die Leistungsgerechtigkeit fordert, dass die Höhe der Einkommen (und auch andere Formen der Entschädigung) sich an den jeweiligen Leistungen orientiert. Dieses Prinzip ist *nicht* mit der Chancengleichheit gleichzusetzen. Die Chancengleichheit besagt, dass alle die gleiche Chance haben sollen, bestimmte Positionen zu besetzen und dass bei der Positionszuteilung nur die Leistung zählen soll. Welche Handlungs- und Lebensbedingungen (respektive welche Bezahlung) mit der Position einhergehen, ist sekundär.

Literatur

- Becker, Irene und Richard Hauser (2004). *Soziale Gerechtigkeit – eine Standortbestimmung. Zieldimensionen und empirische Befunde*. Berlin: edition sigma.
- Dubet, François (2010). *Les places et les Chances. Repenser la justice sociale*. Paris: Éditions du Seuil et La Républiques des Idées.
- Falcon, Julie (2012). Temporal Trends in Intergenerational Social Mobility in Switzerland: A Cohort Study of Men and Women Born between 1912 and 1974. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 38(2), 153-175.
- Jacot, Cédric (2013). Le rôle de la classe sociale d'origine dans la détermination des positions de classe à niveau de formation équivalent. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 39(1), 81-102.
- Jann, Ben und Benita Combet (2012). Zur Entwicklung der intergenerationalen Mobilität in der Schweiz. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 38(2), 177-199.
- Levy, René (2009). *Die schweizerische Sozialstruktur*. Zürich: Rüegger Verlag.
- Levy, René (2010). Soziale Mobilität in der Schweiz zwischen strukturellen Chancen und Diskriminierung. In: Budowski, Monica und Michael Nollert (Hg.). *Soziale Ungleichheiten* (57-73). Zürich: Seismo.
- Meulemann, Heiner (2004). Sozialstruktur, soziale Ungleichheit und die Bewertung der ungleichen Verteilung von Ressourcen. In: Berger, Peter A. und Volker H. Schmidt (Hg.). *Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung* (115-136). Wiesbaden: VS Verlag.
- Solga, Heike, Peter A. Berger und Justin Powell (2009). Soziale Ungleichheit – Kein Schnee von gestern! Eine Einführung. In: Solga, Heike und Justin Powell und Peter A. Berger (Hg.). *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse* (11-45). Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Suter, Christian (2010). Redistributionsleistungen des Schweizer Sozialstaats. In: Budowski, Monica und Michael Nollert (Hg.). *Soziale Ungleichheiten* (197-213). Zürich: Seismo.
- Wegener, Bernd und Stefan Liebig (2010). Gerechtigkeitsvorstellungen in Ost- und Westdeutschland im Wandel: Sozialisation, Interessen, Lebenslauf. In: Krause, Peter und Ilona Ostner (Hg.). *Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010* (83-102). Frankfurt/M.: Campus.
- Wilkinson, Richard G. (2007). *The Impact of Inequality. How to Make Sick Societies Healthier*. London: Routledge.
- Wilkinson, Richard G. und Kate Pickett (2010 [2009]). *The Spirit Level. Why Greater Equality Makes Societies Stronger*. New York: Bloomsbury Press.

Schulkrise im Spiegel einer Quelle: Die Verknüpfung quantitativer und qualitativer Methoden

Ruedi EPPLE*

Der Lehrstuhl Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit räumt der Ausbildung in quantitativen und qualitativen sozialwissenschaftlichen Methoden einen grossen und gleichwertigen Stellenwert ein. Neben dem Umgang mit Zahlen in Statistik und Fragebogentechnik lernen die Studierenden auch den Umgang mit Worten aus gesprächsbasierten Interviews oder Dokumenten kennen. Das folgende konkrete Beispiel zeigt, wie sich die beiden Herangehensweisen mit einem Methodenmix gegenseitig befruchten können.

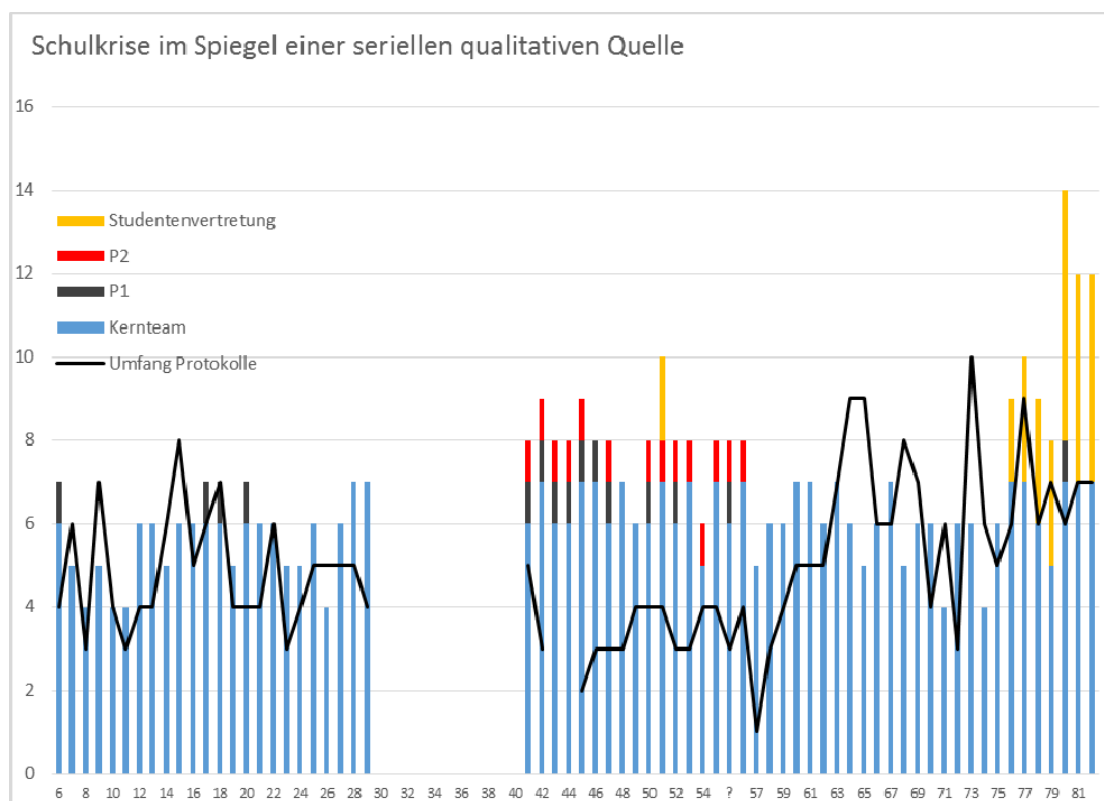
Anfangs 1974 geriet die Schule für Sozialarbeit Solothurn (SASS), die sich 1969 aus dem „Fürsorgerinnen-Seminar“ des „Seraphischen Liebeswerks Solothurn“ (SLS) herausgebildet hatte, in eine schwere Krise. Das Seraphische Liebeswerk als Träger der Schule verstärkte seinen Einfluss auf die Schulleitung. Grund dafür war, dass an der Schule gesellschaftskritische Inhalte gelehrt wurden und sich ein dialogischer und partnerschaftlicher Unterricht eingespielt hatte. Beides ging dem SLS zu weit. Ein Teil der Dozenten wurde entlassen oder verliess die Schule freiwillig. Die Studenten wehrten sich mit verschiedenen Aktionen für die bisherige Unterrichtspraxis. Ihr Widerstand blieb jedoch erfolglos. Die Trägerschaft der Schule und deren katholisch-konservatives Umfeld setzten sich durch.

Die Geschichte dieser Krise lässt sich anhand verschiedener Quellen verfolgen. So leben noch zahlreiche Personen, welche dabei waren und in Gesprächen Auskunft geben können. Zudem fand der Konflikt zwischen dem Träger und seinem Umfeld einerseits, den Dozierenden und Studierenden andererseits auch in Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren seinen Niederschlag. Dieses Material lagert in Bibliotheken. Schliesslich gibt es in Archiven beispielsweise auch Protokolle der Schulleitungssitzungen und weitere Unterlagen. Im vorliegenden Fall setzt eine Serie von Protokollen am 12. Oktober 1971 mit der 6. so genannten „Stabsitzung“ ein und endet am 25. Juni 1974 mit der 89. Sitzung dieses wichtigen Gremiums. Die Serie wird lediglich durch eine Lücke von elf Protokollen aus der zweiten Hälfte des Jahres 1972 unterbrochen. Auch die einzelnen Protokolle sind weitgehend vollständig erhalten. Nur aus wenigen Exemplaren von Anfang 1973 wurden einige Textstellen ausgeschnitten, wobei keine inhaltliche Systematik zu erkennen ist.

* Dr. Ruedi Epple ist Lektor am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: rudolf.epple@unifr.ch

Die Protokolle berichten selbstverständlich in erster Linie über die Diskussionen und Beschlüsse der Schulleitung, können also als qualitative Quelle herangezogen werden. Sie vermitteln dabei auch etwas von den Stimmungen, die an den Sitzungen herrschten. Auch das Protokoll selbst, seine Aufgabe und die Art und Weise, wie es zu verfassen ist, kam hin und wieder an Stabsitzung zur Sprache. So war den Stabsmitgliedern auf dem Höhepunkt der Krise, im Frühjahr 1974, durchaus bewusst, dass die Protokolle später auch als historische Quelle dienen würden.

Der Stab stritt beispielsweise darüber, wie präzise das Protokoll sein sollte. Sollten bloss die Voten festgehalten werden? Oder sollte mit einem Kürzel auch vermerkt werden, wer etwas gesagt hatte? Eine Vertreterin der Trägerschaft der Schule setzte sich für kurze Protokolle ohne namentliche Nennung der Votanten ein, weil diese „ja auch für später erstellt“ würden. Genau der gleiche Grund sprach aus der Sicht eines anderen Mitglieds hingegen für „eine deutliche Profilierung der einzelnen (Sprechenden, ep) im Protokoll“. Man solle „auch später sehen [...] was sich hier abgespielt hat.“ (Protokoll der 86. Stabsitzung, 21.5.1974:6-7)



Protokolle oder andere Archivalien lassen sich aber nicht nur qualitativ auswerten, sondern als serielle Quelle auch quantitativ befragen. Sie geben zum Beispiel darüber Auskunft, wie häufig Sitzungen stattfanden oder wer wie konsequent daran teilgenommen hat. Aus dem Umfang der Protokolle ergeben sich Hinweise auf deren Präzision oder auf den Verlauf der Krise. Nachfolgend untersuche ich in diesem Sinne

die Serie der Nummern 6 bis 29 sowie 41 bis 82. Die Nummern 30 bis 40 liegen mir nicht vor. Die Nummern 83 bis 89 lasse ich beiseite, weil sie während der Krise entstanden. Ich konzentriere meine Analyse also auf die Stabsitzungen, die der Krise voraus gingen. Die erste Grafik fasst die wichtigsten Informationen zusammen.

Sitzungsbeteiligte

Das Protokoll hält zuverlässig fest, wie sich der Stab, der die Schule für Sozialarbeit Solothurn im Zeitraum vom Oktober 1971 bis März 1974 leitete, zusammensetzte und wer jeweils an den Sitzungen teilnahm. Dabei lassen sich drei Personenkreise unterscheiden:

Erstens ein Kernteam (blau) von sechs bis sieben Personen, die während der ganzen Zeit zur Schulleitung zählten und häufig an den Sitzungen präsent waren. Dieses Kernteam wuchs etwas, weil sich die Schule im Aufbau befand. 1969 hatte der erste Kurs nach dem neuen Schulprogramm begonnen. Ein Jahr später kam ein zweiter, 1971 der dritte Kurs dazu. Parallel dazu erweiterte sich das Kernteam: Es zählte im Herbst 1971, als unsere Serie beginnt 6 Personen, als die Serie Mitte 1972 abbricht 7 Personen, und als die Serie Anfangs 1973 wieder einsetzt, hatte es mit 8 Personen sein geplantes Maximum erreicht.

Zweitens kommen zum Kernteam zwei weitere Personen hinzu, die der Schulleitung zeitweise angehörten und die man deswegen als „periphere“ Angehörige der Schulleitung bezeichnen kann. Sie waren zwar die ganze Zeit als Dozenten an der Schule tätig, doch nahm P1 nur sporadisch (schwarz), P2 nur phasenweise (rot) an den Stabsitzungen teil. Auffallend ist, dass sich die Kadenz der Teilnahme von P1 während der Anwesenheit von P2 deutlich erhöhte und später wie diese den Sitzungen wieder konsequent fern blieb.

Eine dritte Personengruppe, die an den Sitzungen der Schulleitung teilnahm, waren die Vertreterinnen und Vertreter der drei Jahreskurse, die an der SSAS studierten. Diese dritte Gruppe gehörte der Schulleitung nicht an, denn sie hatte zwar ein Mitsprache-, nicht aber ein Mitbestimmungsrecht. Während sie lange Zeit nur selten an den Stabsitzungen auftrat, war sie am Schluss der Beobachtungsphase stark präsent. Zudem veränderte sich auch die Art ihrer Teilnahme: Waren die Studentinnen und Studenten zunächst nur zu Traktanden anwesend, welche ihre Kurse betrafen, so waren sie zum Schluss der Beobachtungsphase jeweils an den ganzen Sitzungen präsent.

Sitzungsteilnahme

Die Beteiligung des Kernteams an den Stabsitzungen fluktuierte. Es gab immer wieder Absenzen, die durch Krankheit, Militärdienst, Ferien oder auswärtige Verpflichtungen bedingt waren. Solche An- und Abwesenheiten schwanken saisonal: Während der Sommermonate ist die Abwesenheit, während den Semestern die Anwesenheit ausge-

präger. Deshalb lässt sich der Einfluss anderer Faktoren nur in saisonal vergleichbaren Phasen untersuchen. Ich wollte erfahren, ob die Anwesenheit der „peripheren“ Mitglieder des Stabs und die sich anbahnende Krise Einfluss auf die Präsenz des Kernteams hatten. Ich vermute, dass die Anwesenheit der „peripheren“ Mitglieder des Stabes die Präsenz des Kernteams erhöht, weil die soziale Kontrolle und die Intensität der zu erwartenden Konflikte zunahm. Von der sich anbahnenden Krise erwartete ich eine gegenteilige Wirkung, weil der zunehmende Druck von aussen auch die Belastungen und internen Spannungen erhöht haben dürfte, was sich auf die Motivation oder auf die Anfälligkeit für Krankheit auswirken kann.

	Phasen	Sitzungen	Präsenz in % des Kernteams
Einfluss "Peripherie"	19 bis 26	8	89.58
	52 bis 56b	6	90.48
Einfluss "Krise"	6 bis 18	13	88.46
	66 bis 82	17	85.71
Insgesamt		44	87.88

Die Einflüsse der beiden Faktoren sind – saisonal bereinigt – gering und im ersten Fall kaum messbar. Doch gehen die Veränderungen in die erwartete Richtung: Die Komplettierung des Stabs durch die beiden „peripheren“ Mitglieder akzentuiert die überdurchschnittliche Präsenz in dieser Phase. Die sich anbahnende Krise drückt die Präsenz des Kernteams etwas deutlicher nach unten.

Protokollumfang

Das Protokoll wurde in den meisten Fällen von einer Person geschrieben, die selbst nicht der Schulleitung angehörte. Nur ausnahmsweise, wenn diese Person abwesend war, oder wenn ausserordentliche Themen zur Sprache kamen oder besonders lange Sitzungen stattfanden, traten auch Mitglieder des Kernteams stellvertretend oder ergänzend als Verfasserinnen und Verfasser von Protokollen auf. Um den persönlichen Stil der Protokollführung zu kontrollieren, vergleiche ich ausschliesslich Protokolle derselben Autorin. Wir können also davon ausgehen, dass der Umfang der Protokolle weniger mit der Person, sondern eher mit den Sitzungsinhalten zu tun hat.

Phase	Seiten	Protokolle	Seiten pro Protokoll
6 bis 29	69	14	4.93
41 bis 56	49	14	3.50
57 bis 75	68	13	5.23
75 bis 83	48	7	6.86
Insgesamt	234	48	4.88

Der durchschnittliche Umfang der Protokolle in den verschiedenen Phasen lässt einen deutlichen Einfluss der Beteiligung der „peripheren“ Stabsmitglieder und der Krise erkennen:

- Obwohl mit den „peripheren“ Stabsmitgliedern mehr Sitzungsteilnehmer anwesend waren (41 bis 56), wirkte deren Beteiligung offensichtlich disziplinierend. Sei es, dass der Stab in deren Anwesenheit straffer und weniger ausschweifend diskutierte, oder sei es, dass gewisse Themen, die sonst zur Sprache gekommen wären, in Anwesenheit der beiden weiteren Personen nicht angesprochen wurden. Eine vergleichbare Wirkung ging von der anderen Gruppe, die später ebenfalls an den Stabsitzungen teilnahm, nicht aus (75 bis 83). Nachdem die beiden Personen wieder fern blieben, stieg die Seitenzahl der Protokolle erneut (57 bis 75).
- Mit der sich anbahnenden Krise stieg der externe Druck auf die Schulleitung. Mit der Zeit erhöhte dieser auch die internen Spannungen. Meinungsverschiedenheiten und Risse im Team traten deutlicher zu Tage. Damit wuchs der Diskussionsbedarf und die Ansprüche an die Präzision der Protokolle nahmen ebenfalls zu. Entsprechend stieg die Seitenzahl der Protokolle, wobei sich das Ausbleiben der disziplinierenden Wirkung der Anwesenheit der „peripheren“ Mitglieder und die Wirkung der sich anbahnenden Krise überlagerten (57 bis 75, 75 bis 83).

Krise?

Inwiefern spiegelt sich nun in diesen Zahlen die Krise an der Schule für Sozialarbeit Solothurn? Eine Antwort auf diese Frage lässt sich selbstverständlich nur in Kenntnis der Inhalte der Protokolle sowie der beteiligten Personen und ihrer Rollen geben. Die quantitative Auswertung der Protokolle allein reicht dazu nicht aus. Als serielle Quelle liefern die Protokolle aber zusätzliche Indizien für Einsichten, die sich aus der qualitativen Analyse ergeben haben, und sie führen zu ergänzenden Vermutungen, denen eine erneute Lektüre der Protokolle nachgehen muss. Drei Feststellungen stehen dabei im Zentrum:

- *Erstens kündigt sich der Konflikt zwischen der Schulleitung und der Trägerschaft schon Monate vor seiner Eskalation im Frühjahr 1974 an:* P2, die ich als „peripheres“ Mitglied der Schulleitung bezeichnete, war bereits 1969 dazu auserkoren, nach ihrer Weiterbildung in den USA als Vertreterin der Trägerschaft das Dozententeam der SSAS zu verstärken. Wenn sich eine derart zentrale Person wenige Monate nach ihrer Rückkehr bereits wieder aus der Schulleitung zurück zieht und keinen direkten Einfluss mehr auf die Schulleitung und deren spannungsvolles Verhältnis zur Trägerschaft nimmt, muss der nach aussen erst später sichtbar werdende Bruch bereits zu diesem Zeitpunkt erfolgt sein. Das Vorhaben, die SSAS zusammen mit der seit 1969 gebildeten Schulleitung zu entwickeln, wird – kaum hat man es begonnen – abgebrochen.

- *Zweitens meldet sich die Krise auch im Umfang der Protokolle sowie in der Beteiligung des Kernteams an den Sitzungen an:* Mit den Spannungen zwischen Trägerschaft und Schulleitung, die jetzt nicht mehr durch die Präsenz von P2 abgedämpft oder geglättet wurden, nahmen die damit verknüpften Diskussionen in der Schulleitung zu. Zudem wirkten die Spannungen auch auf den „Mikrokosmos“ Schulleitung zurück: In deren Reihen zeigten sich wachsende interne Differenzen. Beides hatte Einfluss auf den Umfang der Protokolle: Es gab nicht nur mehr festzuhalten, es musste auch genauer protokolliert werden. Der Stab beschloss sogar, an den Sitzungen Tonbandaufnahmen zu machen. Mit dem externen Druck und den internen Spannungen nahm die Krankheitsanfälligkeit zu, so dass eine höhere Absenz zu verzeichnen war.
- *Drittens offenbart sich in der Zusammensetzung der an den Sitzungen beteiligten Personen eine verhängnisvolle Konfliktdynamik:* Der Rückzug der zentralen Vermittlungsperson zwischen Trägerschaft und Schulleitung (P2) signalisierte nicht nur den Verzicht der Trägerschaft, mit dieser Schulleitung eine einvernehmliche Weiterentwicklung der Schule zu versuchen, er entband die Schulleitung auch von der Verpflichtung, bereits in ihrem Rahmen Kompromisse zu suchen, die für die Trägerschaft möglicherweise tragbar gewesen wären. Die gegen Ende der Beobachtungsphase auftretende Präsenz der Studentenschaft in der Schulleitung bringt deutlich zum Ausdruck, dass die Eigendynamik in der Schule, die der Trägerschaft ein Dorn im Auge war, nicht zum Erliegen kam. Im Gegenteil: Der Rückzug ihres einflussreichen Stabsmitglieds P2 beschleunigte und verschärfte diesen Prozess.

Literatur

Epple, Ruedi (2013). Der „Solothurner Frühling“ oder die Geschichte einer Intervention. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit*, 2013(15).

Machen Gewaltwiderfahrnisse aus Menschen Opfer?

Anne KERSTEN*

In der Schweiz gibt es seit 1993 ein Bundesgesetz, das die staatliche Opferhilfe regelt. Es heisst Opferhilfegesetz, kurz OHG.¹ Opfern von Gewaltstraftaten wird über das OHG Hilfe bei der Bewältigung der erlebten Gewalt zugesprochen. Die Opfer können sich beispielsweise unentgeltlich beraten lassen oder sie erhalten unter bestimmten Voraussetzungen eine finanzielle Entschädigung und Genugtuung vom Staat (OHG 2007:Art. 9-18).² Die Personen, die in den Opferhilfe-Beratungsstellen Unterstützung finden, sind über die Jahre hinweg in 25% der Fälle männlich (BFS 2012a). In der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) dagegen und in der Forschung zum Dunkelfeld liegt der Anteil männlicher Opfer bei gut 50% (BFS 2012b; Killias, Staubli, Biberstein, Bänziger und Ladanza 2011; Pieth, Cranach, Besozzi, Hanetseder und Kunz 2002). Dieses Zahlenverhältnis spiegelt sich auch in Tabelle 1, in welcher für das Jahr 2010 die nach Opferhilfestatistik (OHS) beratenen und die nach PKS gewaltgeschädigten männlichen und weiblichen Personen dargestellt sind.

Tabelle 1: Beratene Opfer nach OHS und geschädigte Personen nach PKS

		2010	
		OHS	PKS
Männliche Opfer	Anzahl	6001	18687
	% Geschlecht	24.3	52.6
Weibliche Opfer	Anzahl	18647	16841
	% Geschlecht	75.7	47.4
Gesamt		24648	35528
% Geschlecht		100.0	100.0

Quellen: Bundesamt für Statistik, OHS, Stand der Datenbank: 16.05.2012, eigene Berechnungen; Bundesamt für Statistik, PKS, Stand der Datenbank: 11.02.2011.

Bemerkung: Die einbezogenen Straftaten in den beiden Statistiken entsprechen sich.

* Dr. des. Anne Kersten ist Doktorassistentin am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: annegret.kersten@unifr.ch

¹ Opferhilfegesetz OHG, SR 312.5, Stand am 01.01.2009.

² Für eine ausführliche Beschreibung der Leistungen der Opferhilfe siehe Kersten (2012a).

Weibliche und männliche Menschen³ sind also in vergleichbarem Ausmass von Gewalt betroffen. Warum finden dann in der schweizerischen Opferhilfe nicht ähnlich viele männliche wie weibliche Gewaltbetroffene Unterstützung? Um diese Frage zu beantworten, wurde im Forschungsprojekt, aus welchem im Folgenden einige Ergebnisse vorgestellt werden, die Entstehung und Umsetzung des OHG untersucht.⁴ Der Zeitrahmen der Studie umfasst die Jahre 1978 bis 2011. 1978 wird die Volksinitiative lanciert, die später ins OHG mündet; 1984 findet die Volksabstimmung zu dieser Initiative statt; 1993 tritt das OHG inkraft; 2009 schliesslich wird das in der Totalrevision umgestaltete OHG rechtskräftig. Untersucht wurden die schriftlich fixierten politischen und medialen Debatten rund um Entstehung, Ausgestaltung und Totalrevision des OHG. Diese Debatten werden im Folgenden als öffentlicher Opferhilfe-Diskurs bezeichnet. Sie sind auf der makrosozialen, nationalstaatlichen Ebene situiert. Ebenfalls untersucht wurden die schriftlich fixierten Umsetzungsprozesse des OHG auf der mesosozialen Ebene der Kantone und Opferhilfe-Beratungsstellen. Das Vorgehen wurde durch eine deskriptiv-statistische Analyse bestehender Opferhilfefalldaten ergänzt. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf einige Ergebnisse der Untersuchung des öffentlichen Opferhilfe-Diskurses. Auf die Umsetzungsprozesse des OHG in den Kantonen und auf die Ergebnisse der statistischen Analyse wird in diesem Artikel nicht eingegangen.

Opferhilfe als gesellschaftlicher Aushandlungsprozess

Entstehung und Umsetzung von wohlfahrtsstaatlichen Gesetzen – wie auch das OHG eines ist – sind komplexe gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Sie sind zum einen bestimmt von formalen Regelungen und informalen (geschlechter-)kulturellen Praktiken. Zum anderen sind die Interessen und Strategien der am Konstruktionsprozess Beteiligten und ihre Möglichkeiten der Einflussnahme ausschlaggebend (Dackweiler 2004). Derartige gesellschaftliche Konstruktionsprozesse gestalten sich als Sprechen und Schreiben einer Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren an verschiedenen gesellschaftlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten. Mit der Methodik der Diskursanalyse lässt sich dieser sprachlich fixierte soziale Konstruktionsprozess untersuchen. Die Diskursanalyse geht davon aus, dass zwischen einzelnen sprachlichen Äusserungen von gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren ein Zusammenhang be-

³ Ist von weiblichen und männlichen Menschen die Rede, sind Mädchen, weibliche Jugendliche, Frauen sowie Buben, männliche Jugendliche und Männer gemeint.

⁴ Bei dem Forschungsprojekt handelt es sich um eine im Herbst 2013 abgeschlossene Dissertation, welche durch den Schweizerischen Nationalfonds finanziert wurde (Nr: PDFMP1_127306). Sie trägt den Titel: „Wer ist *wirklich* Opfer? Entwicklung und Umsetzung der Opferhilfe in der Schweiz aus einer konstruktivistischen und geschlechtersensiblen Perspektive.“ Die Arbeit wird im Verlauf des Jahres 2014 über einen Fachverlag veröffentlicht werden. Weitere Angaben zur Forschungsarbeit siehe <http://lettres.unifr.ch/de/sozialwissenschaften/soziologie-sozialpolitik-und-sozialarbeit/team/anne-kersten.html>.

steht. Dieser Zusammenhang manifestiert sich in Form von Mustern und Regelmäßigkeiten, welche die Art und Weise des Sprechens über Zeit und Raum hinweg kennzeichnen (Jäger und Jäger 2007). Ein Diskurs ist also eine institutionalisierte, gesellschaftliche Redeweise und Aussagepraxis in einem bestimmten thematischen oder institutionellen Bereich. In und durch diese Aussagepraxis werden spezifische soziale Wirklichkeiten und Wahrheiten konstruiert, die über den Diskurs hinaus Geltungsmacht entwickeln.

Opfer als Menschen mit Rechten oder aber mit Bedürfnissen

In den medialen und politischen Debatten rund um Entstehung und Ausgestaltung des OHG existieren zwei unterschiedliche Deutungsweisen von Opfern und der Hilfe, die sie erhalten sollen. Beide Bedeutungszusammenhänge nehmen die Gewaltbetroffenheit von Menschen zum Ausgangspunkt. In der einen Deutungsweise werden die gewaltbetroffenen Personen dargestellt als *handlungsmächtige, kämpfende* Menschen mit *dem Recht auf finanzielle Entschädigung* (beispielsweise Beobachter 1979, 1980). Diese Deutungsweise bestimmt die Debatten vor allem in der ersten Zeit bis zur Volksabstimmung über die Opferhilfe im Jahr 1984 und wird von den Initianten und Initiantinnen der Volksinitiative eingebracht.⁵ In der anderen Deutungsweise werden die gewaltbetroffenen Personen beschrieben als *handlungsahnmächtige, beeinträchtigte* Menschen mit *Bedürfnissen*, die der Staat aus Barmherzigkeit erfüllen will und soll (beispielsweise Bundesrat 1983:891). Diese Deutungsweise wird mit erfolgreicher Volksabstimmung für die weitere Ausgestaltung und Umsetzung des OHG bestimmend. Sie wird vom Bundesrat und dem Parlament in die Debatten eingebracht. Warum nun setzt sich diese Deutungsweise durch? Eine Opferhilfe aus staatlicher Barmherzigkeit für hilfsbedürftige Opfer muss in Zusammenhang gesehen werden mit einem liberalen Wohlfahrtsstaatsverständnis. Von diesem ist die Schweiz in der Entstehungszeit des OHG stark geprägt (Nollert 2007). In einem liberalen Wohlfahrtsstaatsverständnis werden sozialstaatliche Leistungen nur an bedürftige Gruppen entrichtet und nicht als Recht breiter Bevölkerungsschichten definiert.

Die zwei beschriebenen, verschiedenartigen Deutungsweisen von Opfern zeigen, dass der Begriff des Opfers nicht selbsterklärend ist. Gewaltbetroffenheit allein macht Menschen nicht zu Opfern. Der Begriff des Opfers meint vielmehr einen bestimmten gesellschaftlichen Status. Dieser Status gründet auf spezifische Verhaltensweisen der gewaltbetroffenen Personen und ist dann mit gesellschaftlicher Anerkennung in Form von Opferhilfe verbunden. Interessant aus einer geschlechtersensiblen Perspektive ist nun folgendes: Der Begriff des Opfers im öffentlichen Opferhilfe-Diskurs bezieht sich in der einen Deutungsweise auf gewaltbetroffene Menschen, die kämpfen

⁵ Bei den InitiantInnen handelt es sich um mehrere damalige RedaktorInnen der Zeitschrift *Der Schweizerische Beobachter*.

und denen bestimmte Rechte zustehen. Diese Opfer haben in den politischen und medialen Debatten kein besonderes Geschlecht. Sie sind sowohl weiblich als auch männlich oder werden geschlechtsneutral beschrieben. In der anderen Deutungsweise im Diskurs bezieht sich der Opferbegriff auf gewaltbetroffene Menschen, die handlungssohnmächtig sind und bestimmte Bedürfnisse haben. Diese Opfer nun werden als weibliche Menschen dargestellt. Wird also auf das Kämpfen von Opfern Bezug genommen und auf das, was ihnen zusteht, dann können weibliche und männliche Gewaltbetroffene Opfer sein. Wird dagegen auf die Beeinträchtigung von Opfern Bezug genommen und auf das, was sie benötigen, dann sind die Opfer weiblich und nicht männlich.

Opfer als weibliche, nicht aber als männliche Menschen

Die Deutungsweise der beeinträchtigten Opfer, die Hilfe erhalten sollen, setzt sich in den Debatten durch. Die Hilfsbedürftigkeit der Opfer wird zum entscheidenden Kriterium für die staatliche Unterstützung. Und die Opfer sind weiblich und nicht männlich. Wie kommt es dazu? In Medien und Politik wird in Zusammenhang mit der Opferhilfe eine Vielzahl von Themen diskutiert. In die Diskussionen sind mehrere diskursive Mechanismen eingeschrieben. Das heisst, wenn über Opfer und Opferhilfe geredet oder geschrieben wird, passiert das gehäuft auf eine bestimmte Art und Weise.⁶

Erstens werden allgemeine, geschlechtsneutrale Ausführungen zu Opfern und Opferhilfe wiederholt durch konkrete Beispielgeschichten veranschaulicht, in denen die Opfer weiblich sind. Zweitens wird bei den verschiedensten Themen gehäuft hervorgehoben, dass Frauen quantitativ und qualitativ in besonderem Ausmass betroffen und beeinträchtigt sind. In der Zeitung *Wir Brückenbauer* wird beispielsweise über Leistungen des OHG informiert und dabei festgehalten: „[...] dass vor allem Frauen unter den Folgen einer Vergewaltigung die schwersten körperlichen und seelischen Schäden davontragen“ (Schlänni 1991). Oder die Leistungskürzungen im Rahmen der Totalrevision des OHG werden von Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer mit den Worten kommentiert: „Es trifft in der Mehrheit Frauen und es trifft die Schwächsten der Gesellschaft“ (Bundesversammlung 2007:1105).

Männliche Opfer werden in den medialen und politischen Debatten nur am Rande erwähnt. Sie werden erstens als Ausnahme von der Regel dargestellt. So führt beispielsweise Nationalrat Hans Schmid in der Nationalratsdebatte zur Volksinitiative an: „[...] dass auch einmal ein Mann in die Situation kommen kann, solche Entschädigungen zu beanspruchen“ (Bundesversammlung 1984:261). Zweitens wird bei der Thematisierung männlicher Opfer auf deren potentielle Täterschaft Bezug genommen, nicht aber auf ihre Beeinträchtigung durch die Gewalt. In der *Basler Zeitung*

⁶ Für eine ausführlichere Beschreibung der verschiedenen diskursiven Mechanismen siehe Kersten (2012b).

wird zum Beispiel über den geringen Anteil männlicher Beratener in der Opferhilfe berichtet und dabei festgestellt: „[...] dass bei Mangel an geeigneter Hilfe die Opfer oft erst zu spät erkannt werden – wenn sie selber Täter sexueller Übergriffe geworden sind“ (Baumgartner 1993). Und schliesslich wird in den Debatten wiederholt beschrieben, dass männliche Opfer Angst hätten, als Mann nicht mehr ernst genommen zu werden und sich als Versager und Schwächlinge fühlen würden (beispielsweise Noser 2004). So präsentiert sich die Opferhilfe als Verlustgeschäft von Männlichkeit.

Durch die skizzierten diskursiven Mechanismen wird eine starke und passgenaue Verbindung zwischen Opferhilfe und weiblichen Gewaltbetroffenen erzeugt. Es wird eine soziale Wirklichkeit konstruiert, in der weibliche Menschen qualitativ und quantitativ in besonderem Ausmass von Gewalt betroffen und beeinträchtigt sind. Eine Opferhilfe, die für hilfsbedürftige und handlungssohnmächtige Opfer gedacht ist, richtet sich auf diese weiblichen Opfer aus. Das erscheint logisch und folgerichtig. Männlichen Menschen wird in dieser sozialen Wirklichkeit der Platz derjenigen zugewiesen, die kaum Gewalt erleiden oder aber durch die erlebte Gewalt nicht beeinträchtigt sind. Als Ausnahme von der Regel und als potentielle Täter und damit noch handlungsmächtig sind männliche Opfer also für die Opferhilfe irrelevant. Eine derartige Konstruktion der sozialen Wirklichkeit korrespondiert mit den anfangs angeführten Zahlen.

Opferhilfe als Wirkungsfeld hegemonialer Männlichkeit

Warum nun geht mit einer Deutungsweise von Opfern als beeinträchtigten und hilfsbedürftigen Menschen einher, dass diese Opfer weiblich und nicht männlich sind? In einer derartigen Wirklichkeitskonstruktion konstituiert sich Geschlecht und zwar als hegemoniale Männlichkeit und Weiblichkeit. Geschlecht ist ein relationales, machtsstrukturiertes und machtsstrukturierendes Konstrukt. Es gründet ganz wesentlich auf die hegemoniale Vorstellung der männlichen Überlegenheit und Verletzungsmacht und der damit verbundenen weiblichen Unterlegenheit und Verletzungsoffenheit. Diese sich hierarchisch-ergänzenden Eigenschaften, die einerseits Männern und andererseits Frauen zugeordnet werden, legitimieren die männliche Vormachtstellung in der Gesellschaft (Connell und Messerschmidt 2005; Scott 1988). Ein Opferstatus nun, der von Hilfsbedürftigkeit und Handlungssohnmacht gekennzeichnet ist, muss also für Männer als undenkbar hergestellt werden. Andernfalls werden hegemoniale Männlichkeit und die männliche Vormachtstellung gefährdet. Weiblichkeit und Opferstatus konstituieren sich hier als quasi-natürlich miteinander verbunden. Männlichkeit jedoch konstituiert sich als Gegenbild zum Opferstatus: *Männer* sind keine Opfer, denn dann wären sie keine *Männer* mehr.

Interessant und dazu passend ist, dass nirgendwo im öffentlichen Diskurs auf wissenschaftliche Ergebnisse zur Gewaltbetroffenheit Bezug genommen wird. Weder in

den älteren noch in den neueren Debatten. Der Einbezug wissenschaftlicher Ergebnisse würde die hohe Gewaltbetroffenheit von Männern offenlegen. Dadurch könnten Männer in den Blick der Opferhilfe geraten und Verletzungsmacht wäre als Kerneigenschaft von Männlichkeit zumindest infrage gestellt. Weiter ist interessant, dass männliche Opfer zwar in die neuere mediale Berichterstattung ab Beginn der 2000er Jahre am Rande Eingang finden. In den neueren politischen Debatten sind sie dagegen vollständig inexistent. Das ist ein weiteres Indiz für die Wirkungsmacht und Konstruktionslogik hegemonialer Männlichkeit und Weiblichkeit. Diese Wirkungsmacht und Konstruktionslogik manifestieren sich gerade dort in der Gesellschaft, wo sich Macht konzentriert, wie hier bei den politischen Entscheidungsträgern und -trägerinnen.

Gewaltwiderfahrnisse machen Menschen also nicht unbedingt zu Opfern. Männer sind in der öffentlichen Wahrnehmung auf die Täter- und Frauen auf die Opferrolle festgeschrieben. Wie derartige geschlechterspezifische Festschreibungen zu quasi-natürlichen sozialen Gesetzmässigkeiten werden und die soziale Wirklichkeit strukturieren, wurde oben skizziert. Wissenschaft und Forschung bieten eine Möglichkeit, derartige quasi-natürliche Gesetzmässigkeiten aufzubrechen. Das wissenschaftliche Erinnern an den konstruierten Charakter solcher sozialer „Wahrheiten“ unterstützt gesellschaftliche Veränderung in Richtung der gleichwertigen Anerkennung der Rechte und Bedürfnisse beider Geschlechter.

Literatur

- Baumgartner, Franco (1993). Opferhilfe muss Tabu knacken. *Basler Zeitung*, 24.09.1993.
- Beobachter (1979). Wenn das Schicksal zuschlägt. *Der Schweizerische Beobachter*, 15.08.1979.
- Beobachter (1980). Die Vergewaltigung der Anita H. *Der Schweizerische Beobachter*, 15.02.1980.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2012a). *Opfer von Straftaten - Daten, Indikatoren*. Zugriff am 05.11.2012 auf <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/19/03/01.html>.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2012b). *Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS). Jahresbericht 2011*. Bundesamt für Statistik, Neuenburg. Zugriff am 23.11.2012 auf http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/01/nip_detail.html?gnpID=2012-161.
- Bundesrat (1983). *Botschaft zur Volksinitiative "zur Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen" vom 6. Juli 1983*. *BBl 1983 III*, 869ff.

- Bundesversammlung (1984). *Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen. Volksinitiative. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. Verhandlungen des Nationalrates und des Ständerates*. Nr. 83.059.
- Bundesversammlung (2007). *Totalrevision des Opferhilfegesetzes. Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. Verhandlungen des Nationalrates und des Ständerates*. Nr. 05.078. Zugriff am 30. Juli 2011 auf <http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/index.htm>.
- Connell, Robert W. und James W. Messerschmidt (2005). Hegemonic Masculinity. Rethinking the Concept. *Gender & Society*, 19(6), 829-859.
- Dackweiler, Regina-Maria (2004). Wohlfahrtsstaat: Institutionelle Regulierung und Transformation der Geschlechterverhältnisse. In: Becker, Ruth und Beate Kortendiek (Hg.). *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie* (450-460). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jäger, Margarete und Siegfried Jäger (2007). *Deutungskämpfe: Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kersten, Anne (2012a). Die Opferhilfe in der Schweiz. In: Budowski, Monica, Michael Nollert und Christopher Young (Hg.). *Delinquenz und Bestrafung. Diskurse, Institutionen und Strukturen* (129-157). Zürich: Seismo Verlag.
- Kersten, Anne (2012b). Geschlecht im öffentlichen Opferhilfe-Diskurs der Schweiz. In: Estermann, Josef (Hg.). *Der Kampf ums Recht. Akteure und Interessen im Blick der interdisziplinären Rechtsforschung* (173-189). Wien: Orlux Beckenried und Lit.
- Killias, Martin, Silvia Staubli, Lorenz Biberstein, Matthias Bänziger und Sandro Landanza (2011). *Studie zur Kriminalität und Opfererfahrungen der Schweizer Bevölkerung. Analysen im Rahmen der schweizerischen Opferbefragung 2011*. Kriminologisches Institut, Universität Zürich. Zugriff am 15.09.2011 auf www.kkjpd.ch/images/upload/ICVS%202011_National_1.pdf.
- Nollert, Michael (2007). Sonderfall im rheinischen Kapitalismus oder Sonderweg im liberalen Wohlfahrtskapitalismus? Zur Spezifität des Sozialstaates Schweiz. In: Eberle, Thomas S. und Kurt Imhof (Hg.). *Sonderfall Schweiz* (153-171). Zürich: Seismo Verlag.
- Noser, Walter (2004). Häusliche Gewalt. Prügelnde Frauen. *Der Schweizerische Beobachter*, 20.08.2004.
- Pieth, Mark, Mario von Cranach, Claudio Besozzi, Christa Hanetseder und Karl-Ludwig Kunz (2002). *Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität: die Ergebnisse eines nationalen Forschungsprogramms*. Bern: Verlag Paul Haupt.
- Schlänni, Bruno (1991). Opfer erhalten nun Hilfe. *Wir Brückenbauer*, 26.06.1991.
- Scott, Joan Wallach (1988). *Gender and the Politics of History*. New York: Columbia University Press.

Social policy and regimes of social welfare in Africa

International Workshop, University of Fribourg (Switzerland), 12 September 2014

This workshop is organised by Michael Nollert and Daniel Künzler at the Division of Sociology, Social Policy and Social Work at the University of Fribourg on behalf of the Swiss Society for African Studies and the Swiss Sociological Association (Research Committee Economic Sociology).

Preliminary program

8.30	Reception and registration
9.00	Welcome address/opening Michael NOLLERT, Division of Sociology, Social Policy and Social Work, University of Fribourg (Research committee economic sociology, Swiss Sociological Association) Daniel KÜNZLER, Division of Sociology, Social Policy and Social Work, University of Fribourg (Co-President, Swiss Society for African Studies)
9.15	Keynote 1/Discussion <i>Are African welfare states distinctive? The design and politics of African welfare state-building in comparative perspective.</i> Jeremy SEEKINGS, University of Cape Town
10.30	Coffee break
	Forum “Concepts of social welfare (states)” 4 paper presentations (15 minutes) and discussion (15 minutes)
10.45	Ndangwa NOYOO (University of Johannesburg): <i>Social policy and welfare regimes typology: Any relevance to South Africa?</i>
11.15	Blaise Fofung VUDINGA (University of York): <i>Welfare Regime Bifurcation by International Organisations: Who benefits?</i>
11.45	Jean-Pierre JACOB (Graduate Institute of International and Development Studies Geneva): <i>„True“ and „false indigents. The implementation of policies concerning the poorest of the poor in West Africa.</i>
12.15	Sabine KLOCKE-DAFFA (University of Tübingen): <i>Contested claims to social welfare: Basic income grants in Namibia.</i>
12.45	Lunch Break

14.00	Keynote 2/Discussion Samuel HICKEY (University of Manchester): <i>The Politics of Social Protection.</i>
	Forum “Politics and changing systems of social protection in Africa – case studies and comparisons” Part I 4 paper presentations (15 minutes) and discussion (15 minutes)
15.15	Eduard GREBE (University of Cape Town): <i>Politics and welfare policy-making in Uganda: The prospects of for an emerging social protection agenda.</i>
15.45	Natewinde SAWADOGO (University of Nottingham): <i>Regimes of Social Security in Burkina Faso: A Political Typology.</i>
16.15	Coffee Break
	Forum “Politics and changing systems of social protection in Africa – case studies and comparisons” Part II
16.45	Erica Dale PENFOLD (University of Cape Town): <i>Social policy in post-conflict development states (Mozambique, Rwanda).</i>
17.15	Nnanna Onuoha ARUKWE (University of Nigeria/Nsukka): <i>Welfare regimes in four West African states: Implications for established framework and regional integration in Africa</i> (paper prepared with Jude Okechukwu CHUKWU).
18.00	Public lecture/Discussion <i>Welfare Regimes in Africa’s Development.</i> ‘Jimi O. ADESINA, South African Research Chair in Social Policy, University of South Africa (Pretoria)
19.00	Apéro

Contact: daniel.kuenzler@unifr.ch

Wir gratulieren!

Abschlüsse am Studienbereich

Zum Bachelor-Abschluss

Bianca Baumberger

Maude Cottier

Giulia Dietrich

Ira Differding

Fiona Feuz

Rebekka Gammenthaler

Janine Gass

Manuela Grieb

Katrin Hofer

Tim Jörg

Jonas Köppel

Chloé Kuster

Gwendolin Mäder

Nicole Malnati

Nicolas Mattmüller

Lea Meier

Lara Moser

Esther Mühlethaler

Noémie Schegg

Pirmin Scheidegger

Eva Siegenthaler

Kian Weber

Sereina Wepfer